

**N I E D E R S C H R I F T****18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2018 - 2023)**

Sitzungstermin:	Donnerstag, 03.09.2020	
Sitzungsbeginn:	16:08 Uhr	
Sitzungsende:	18:59 Uhr	
Sitzungsort:	Fahrzeughalle der Johanniter, Bei der Gasanstalt 12, 23560 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Jörn Puhle - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Kristin Blankenburg - SPD		
Dagmar Hildebrand - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Jose Maria Bernet - Lübecker Jugendring		
Pastorin Dörte Eitel - AG freier Wohlfahrtsverbände		
Madita Liza Jürk - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Herrn Bastian Langbehn	
Stefan Krause - CDU		
Vera-Simone Kuzla - AG freier Wohlfahrtsverbände	Vertretung für: Herrn Thomas Grams	
Sandra Odendahl - SPD		
Sandra Pereira da Silva David - Lübecker Jugendring Die Johanniter		
Simone Stojan - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Michaela Vogeler - Die Unabhängigen	Vertretung für: Frau Claudia Petereit	
Horst Wargenau - CDU		
Jürgen Wecker - AG freier Wohlfahrtsverbände		
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Klaus-Peter Jürgensen - Fachbereichsdienste FB 4		
Lukas Leitner - Vertretung der Jugend		
Maxim Loboda - Vertretung der Jugend		
Lutz Regenbergh - Mitglied der Fachgruppe HZE		
Birgit Reichel - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt		
Petra Scharrenberg - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	Vertretung für: Frau Renate Jung-hans	
Juleka Schulte - Ostermann - Stadtalternvertretung		

Verwaltung	
Thorsten Drescher - 4.401.2 Jugendhilfeplanung	
Renate Heidig - 4.041.2 Jugendhilfeplanung	
Christiane Möller - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt	
Sonja Rieper - 4.401 Schule und Sport	
Elke Sasse - 1.160 Frauenbüro	
Aiko Wagner - FBC FB 4	
Protokollführung	
Dana Gladasch - 4.513 - Jugendarbeit	
Gäste	
Charlotte Baumgart - Mixed Pickles	
Antje Gab -	
Anne Heynatzky - Frauennotruf	
Daniel Kerlin - FDP	
Filip Krubeck - Lübecker Jugendring	
Martin Kucharzik - CDU	
Manuela Levgrün - Kindertagespflegeperson	
Jens Lindemann -	
Annika Möller - Lambda::Nord	
Thore Schönfeldt - Junges Politikforum Lübeck	
Tanja Traoré - Kindertagespflegeperson	
Jens Zimmermann - CDU	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Bastian Langbehn - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Thomas Grams - AG freier Wohlfahrtsverbände	entschuldigt
Britta Ingwersen - Lübecker Jugendring	keine Teilnahme
Claudia Petereit - Die Unabhängigen	entschuldigt
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Mascha Benecke-Benbouabdellah - Stadtalternvertretung	entschuldigt
Rafael Jancen - Forum für MigrantInnen	keine Teilnahme
Renate Junghans - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	entschuldigt
Verwaltung	
Senatorin Kathrin Weiher - FB 4 - Kultur und Bildung	entschuldigt
Hansjörg Diers - 4.041.1 Jugendberufsagentur	keine Teilnahme
Sabine Schulz - 4.513 - Jugendarbeit	entschuldigt
Uta Steinkamp - 4.511 - Kindertageseinrichtungen	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
3	Anliegen der Jugend	
4	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
4.1	Mitteilungen der Verwaltung	
4.1.1	Infos zum Interessenbekundungsverfahren für die neue Kita Pinassenweg	
4.2	Anfrage AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Nebenkostenbeiträge Lübecker KITAS	VO/2020/09064
4.3	mdl. Anfrage AM Hildebrand zur Jugendverkehrsschule	
5	Berichte	
5.1	zweiter Zwischenbericht "Aufwachsen in Lübeck 2.0" (mdl. Bericht)	
5.2	Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - Anforderungen an die Qualität von Beteiligung (mdl. Bericht)	
5.3	Vorstellung Projekt "Lernort Stadion" (mdl. Bericht)	
5.4	Zuständigkeitsänderung in der Geschäftsführung der Stiftungen "Lübecker Altstadt" und "Haus der Jugend"	VO/2020/09204
6	Beschlussvorlagen	
7	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Ergänzungsantrag zu VO/2019/07824: Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018	VO/2019/07824-02
7.2	FDP: Die Hansestadt Lübeck bekommt eine Kinder- und Jugendvertretung	VO/2020/09018
7.2.1	Fraktion Freie Wähler & GAL Antrag zu FDP: Die Hansestadt Lübeck bekommt eine Kinder- und Jugendvertretung	VO/2020/09018-01
7.2.2	AM Puhle (SPD) und AM Hildebrand (CDU): Änderungsantrag zu "Die Hansestadt Lübeck bekommt eine Kinder- und Jugendvertretung"	VO/2020/09018-02

7.3	BM Antje Jansen (GAL): Änderung der Elternbeitragssatzung Kindertagespflege sowie Richtlinien Kindertagespflege (VO/2020/08926)	VO/2020/09190
8	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8.1	AM Puhle (SPD): Dringlichkeitsantrag - Geschwisterermäßigung neu regeln	VO/2020/09252-01
9	Verschiedenes	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Herr Puhle begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Herr Puhle bedankt sich bei den Johannitern für die zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten und die Gastfreundschaft.

Er weist darauf hin, dass es für die nächsten Sitzungen noch keine Tagungsorte gibt und bittet um Mithilfe durch die Ausschussmitglieder.

Der Vorsitzende entschuldigt Frau Weiher krankheitsbedingt.

Der Vorsitzende verpflichtet die bürgerlichen Ausschussmitglieder Herr Maxim Loboda und Herr Zimmermann mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Herr Puhle weist darauf hin, dass der TOP 5.3 Vorstellung Projekt „Lernort Stadion“ entfällt und in eine der nächsten Sitzungen verschoben wird.

Folgende TOPs sind nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt worden. 5.4 - Zuständigkeitsänderung Geschäftsführung Stiftung „Lübecker Altstadt“ und „Haus der Jugend“, 7.2.2 - Antrag zur Kinder- und Jugendvertretung, 7.3 – Änderungen zur Kindertagespflege und 8.1 Antrag zur Geschwisterermäßigung.

Der Vorsitzende lässt über die Erweiterung der Tagesordnung im Rahmen der Dringlichkeit abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um die vorgetragenen Punkte vor.

Frau Rieper müsste rechtzeitig los, so dass Herr Puhle vorschlägt den TOP 8.1 vorzuziehen.

Weiterhin schlägt der Vorsitzende vor die TOPs 5.2, 7.2, 7.2.1 und 7.2.2 aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam zu behandeln.

Frau Stojan schlägt vor die TOPs 5.1 und 7.1 gemeinsam zu behandeln.

Der Vorsitzende fragt, ob weitere mündliche Anträge zur Tagesordnung gestellt werden und ob es Tagesordnungspunkte unter Ausschluss der Öffentlichkeit gibt. Dies ist nicht der Fall.

Die Tagesordnung ist damit unter Bejahung der vorgetragenen Änderungen einstimmig festgestellt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift
--

Es liegt nichts vor.

zu 3 Anliegen der Jugend

Thore Schönfeldt vom Jungen Politikforum Lübeck meldet sich zu Wort. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Schönfeldt widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Herr Schönfeldt macht deutlich, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein sehr wichtiges Thema sei. Die Politik und die Verwaltung sollen mit und nicht über Jugendliche reden und sie an Demokratie teilnehmen lassen. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Themen, die sie unmittelbar betreffen, sei gesetzlicher Auftrag.

Herr Puhle gehe davon aus, dass durch den neuen Jugendvertreter Herrn Loboda die Jugend im Ausschuss besser vertreten werde.

Herr Loboda erklärt, dass er dem Jugendhilfeausschuss eine Empfehlung zum Thema Kinder- und Jugendvertretung aussprechen möchte und liest diese vor. Die Empfehlung ist als Anlage der Niederschrift beigelegt.

Herr Puhle bedankt sich bei Herrn Loboda und nimmt die Empfehlung in seinem Antrag unter TOP 7.2.2 mit auf.

zu 4 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1.1 Infos zum Interessenbekundungsverfahren für die neue Kita Pinassenweg

Herr Jürgensen teilt mit, dass eine Ausschreibung stattgefunden und die Johanniter Unfallhilfe den Zuschlag erhalten hätte.

zu 4.2 Anfrage AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Nebenkostenbeiträge Lübecker KITAS Vorlage: VO/2020/09064

Herr Jürgensen erklärt, dass zur Beantwortung der Anfrage eine sehr umfangreiche Umfrage durchgeführt werden müsste. Die Anfrage erstreckt sich auf einen Zeitraum von Januar 2020 bis Januar 2021, so dass die Beantwortung auch erst Anfang 2021 erfolgen könnte.

Frau Stojan präzisiert ihre Anfrage und macht deutlich, dass ihr die Änderungen für das Jahr 2020 wichtig seien. Herr Jürgensen macht deutlich, dass er eine Beantwortung in diesem Jahr nicht versprechen könne, da es auch von den Trägern abhängig sei wie schnell eine Rückmeldung erfolge.

Die Anfrage wird somit bis zur Beantwortung zurückgestellt.

zu 4.3 mdl. Anfrage AM Hildebrand zur Jugendverkehrsschule

Frau Hildebrand fragt nach dem aktuellen Finanzierungsstand zur Sanierung Jugendverkehrsschule.

Frau Reichel berichtet, dass die Jugendarbeit ein neues Konzept zur Nutzung erarbeitet hätte, bei dem auch andere Gruppen nachmittags den Platz nutzen könnten. Für die Sanierung seien 50.000 € von der HL im Haushalt eingestellt. Den größten Teil der Finanzierung übernehme die Possehl Stiftung, von der eine entsprechende Zusage bereits vorliege. Bisher fehle ein Betrag von ca. 80.000 €, der durch Einwerbung von Spenden gedeckt werden solle.

Herr Kerlin von der FDP meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Kerlin widerspreche. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Herr Kerlin fragt nach der Zeitplanung. Frau Reichel berichtet, dass im Frühjahr 2021 Baubeginn sei und die Fertigstellung im gleichen Jahr erfolgen soll.

Anmerkung / Korrektur außerhalb der Niederschrift:

Die Planung der Sanierung beginnt Mitte 2021. Aufgrund vorrangiger, unabwiesbarer Maßnahmen ist der Baustart erst für Juni 2022 geplant. Mit der Fertigstellung ist im Dezember 2022 zu rechnen.

zu 5 Berichte

zu 5.1 zweiter Zwischenbericht "Aufwachsen in Lübeck 2.0" (mdl. Bericht)
--

Gemeinsame Beratung mit Top 5.2

Anhand einer Power-Point-Präsentation stellen Herr Drescher, Frau Heidig, Frau Reichel und Frau Rieper den 2. Zwischenbericht zu „Aufwachsen in Lübeck 2.0“ vor. Die Präsentation ist der Niederschrift angefügt.

Auf eine Nachfrage von Frau Hildebrand zur Finanzierung der Planungen in Schlutup erklärt Frau Reichel, dass die Wahrscheinlichkeit sehr hoch sei, dass der Verein einen Kredit zum Umbau der Kegelhalle erhalte, da die Refinanzierung über die Stadt erfolge und die Rückzahlung dadurch gesichert sei.

Ein Konzept für queere Jugendarbeit und die Stellungnahme des Bereiches Jugendarbeit werden der Niederschrift angefügt.

Auf Rückfragen von Frau Stojan und Frau Hildebrand erklärt Frau Reichel, dass die Finanzierung, inklusive der Raummiete, im Konzept enthalten sei, dass es aber noch keine entsprechenden Räume gäbe.

Frau Stojan weist auf mögliche Finanzierungsunterstützung durch Krankenkassen in Form von Präventionsprogrammen hin.

Herr Bernet spricht sich dafür aus, dass die Summe laut Konzept im Haushalt 2021 eingestellt werde. Lambda::Nord e.V. seien gute Kooperationspartner und leisten unverzichtbare Jugendarbeit.

Herr Puhle schlägt vor einen entsprechenden Antrag für den Haushalt 2021 an die Bürgerschaft zu geben.

Frau Stojan erklärt, dass ihr Antrag unter TOP 7.1 ein Teil des Prozesses „Aufwachsen in Lübeck 2.0“ sei. Sie wäre damit einverstanden den Antrag bis April 2021 zu verschieben, wenn mit den beteiligten Initiativen Kontakt aufgenommen und sich über die Bedarfe ausgetauscht werde. Frau Reichel wäre mit der Zeitplanung einverstanden. Herr Puhle fragt den Ausschuss,

ob jemand der Vertagung widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Somit wird der Antrag bis April 2021 vertagt.

Frau Heynatzki vom Frauennotruf Lübeck, Herr Lindemann vom Arbeitskreis „Männer für Jungs“, Frau Baumgart von Mixed Pickles und Frau Möller von Lambda::Nord e.V. melden sich zu Wort. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung der vier Personen widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Alle sprechen sich für die Umsetzung des Konzeptes zur queeren Jugendarbeit aus.

Frau Hildebrand gibt zu bedenken, dass eine Teilung der Gesellschaft nach Geschlecht nicht zielführend sei. Frau Jürk, Frau Möller und Herr Lindemann sprechen sich für die Einrichtungen von geeigneten Schutzräumen für Kinder und Jugendliche aus.

Herr Puhle schlägt vor die Punkte Vertretungsregelung in der Kindertagespflege, Ganzttag an Schule und Konzept für queere Jugendarbeit in einen Antrag aufzunehmen und die aufgeführten Haushaltsmittel dafür bei der Bürgerschaft zu beantragen.

Frau Hildebrand bittet um eine kurze Unterbrechung zur Beratung des Vorschlages.

Es folgt eine Pause von 17:31 Uhr bis 17:38 Uhr.

Der Vorsitzende lässt über folgenden Antrag abstimmen:

Antrag:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Vertretungsregelung in der Kindertagespflege:
Im Rahmen des Bundesprogramms „pro Kindertagespflege“ werden Modelle ausgewertet und ein Vorschlag für Lübeck erarbeitet; stufenweise Umsetzung einer Vertretungsregelung ab 08.2021
Einmalige Haushaltsanmeldung für 2021: 500.000 €
Jährliche Haushaltsanmeldung ab 2022: 1.200.000 €
2. Ganzttag an Schule: Teilhabe an den Betreuungsangeboten für alle Kinder sicherstellen:
Haushaltsmittel für weitere Betreuungsmodelle an den Förderzentren Matthias-Leit-hoff-Schule und Schule Wilhelmshöhe nach dem Modell Ganzttag an Schule ab 08.2021
Einmalige Haushaltsanmeldung für 2021: 33.455 €
Jährliche Haushaltsanmeldung ab 2022: 80.292 €
3. Ausbau Angebote der Jugendarbeit:
Konzept Queere Jugendarbeit (Konzept von Lambda::Nord und Stellungnahme des Bereiches Jugendarbeit sind als Anlage beigefügt)
Jährliche Haushaltsanmeldung ab 2021: 221.800 €

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	10
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	3
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss hat den Antrag mehrheitlich angenommen und den Bericht zur Kenntnis genommen.

zu 5.2	Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - Anforderungen an die Qualität von Beteiligung (mdl. Bericht)
---------------	--

Siehe Top 7.2.2

zu 5.3	Vorstellung Projekt "Lernort Stadion" (mdl. Bericht)
---------------	---

zu 5.4	Zuständigkeitsänderung in der Geschäftsführung der Stiftungen "Lübecker Altstadt" und "Haus der Jugend" Vorlage: VO/2020/09204
---------------	---

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Verlagerung der Aufgabe "Geschäftsführung für die Stiftungen "Lübecker Altstadt" (LA) und "Haus der Jugend" (HdJ)" nach den anliegenden Organisationsverfügungen von Bürgermeister Herrn Jan Lindenau

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 6	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 7	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
-------------	--

zu 7.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Ergänzungsantrag zu VO/2019/07824: Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018 Vorlage: VO/2019/07824-02
---------------	---

Siehe Top 5.1

Beschluss:

Die Bürgerschaft möge beschließen,
die Beschlussvorlage des FB4 (VO/2019/07824) wird um die folgenden Maßnahmen ergänzt:

1) Einrichtung einer „Gender-Fachstelle“ für die Bereiche Jugendarbeit, Schule, Kitas, Jugendhilfe

- 2) Einrichtung einer Beratungsstelle für queere Jugendliche, welche über einen Budgetvertrag an den Jugendverband lambda::nord vergeben wird
- 3) Einrichtung eines zentralen „Mädchen-Zentrums“, zusätzlich zu den bestehenden Einrichtungen, welche vorerst mit zwei Stellen ausgestattet wird.
- Die zu veranschlagenden Mittel werden entsprechend haushaltsmäßig geordnet.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss hat den Antrag einstimmig vertagt.

zu 7.2 FDP: Die Hansestadt Lübeck bekommt eine Kinder- und Jugendvertretung
Vorlage: VO/2020/09018

Siehe Top 7.2.2

Beschluss:

Die Hansestadt Lübeck bekommt eine Kinder- und Jugendvertretung. Diese wird erstmals in der 2021 beginnenden Wahlperiode (2 Jahre) der Kinder- und Jugendvertretungen in Schleswig-Holstein gewählt. Aus der Kinder- und Jugendvertretung wird ein Vertreter für den Jugendhilfeausschuss vorgeschlagen, welcher die Anliegen der Kinder und Jugend zukünftig dort vertritt.

zu 7.2.1 Fraktion Freie Wähler & GAL Antrag zu FDP: Die Hansestadt Lübeck bekommt eine Kinder- und Jugendvertretung
Vorlage: VO/2020/09018-01

Siehe Top 7.2.2

Beschluss:

Die Beauftragte für Kinder und Jugendbeteiligung der Hansestadt Lübeck möge zu dem Antrag der FDP Stellung nehmen und zusätzliche Möglichkeiten aufzeigen, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Hansestadt Lübeck strukturell und grundlegend zu verbessern. Hierbei denken wir beispielsweise an ein offenes Kinder- und Jugend-Forum analog zur Einwohner:innenversammlung, in der Anträge gestellt und abgestimmt werden, die anschließend in die Bürgerschaft gelangen.

Für die Umsetzung sind ggf. finanzielle Mittel im Haushalt 2021 zur Verfügung zu stellen.

zu 7.2.2 AM Puhle (SPD) und AM Hildebrand (CDU): Änderungsantrag zu "Die Hansestadt Lübeck bekommt eine Kinder- und Jugendvertretung"
Vorlage: VO/2020/09018-02

Frau Möller berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die Qualitätsanforderungen bei Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Die Präsentation ist der Niederschrift angefügt.

Herr Kerlin erklärt, dass der Grund seines Antrages die geringe Jugendbeteiligung hier im Ausschuss sei.

Herr Puhle berichtet, dass im Rahmen des Prozesses „Aufwachsen in Lübeck 2.0“ im Herbst 2020 ein Fachtag zum Thema „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ durchgeführt werden soll, zu dem jeweils 1-2 Personen der vorhandenen Interessengruppen eingeladen werden sollen. Er schlägt vor, dass die Empfehlung von Herrn Loboda in den Haushaltsberatungen der Fraktionen berücksichtigt werde. Die Anträge unter Top 7.2, 7.2.1 und die Empfehlung von Herrn Loboda sollen als Material in den Prozess „Aufwachsen in Lübeck 2.0“ gegeben werden. Herr Puhle erläutert die drei Punkte seines Antrages.

Frau Möller weist darauf hin, dass sie dabei sei den Handlungsleitfaden zu überprüfen und dass in den Zielvereinbarungen der Budgetverträge in der Jugendarbeit die Beteiligung aufgeführt sei, diese aber optimiert werden könnte.

Die Ausschussmitglieder Frau Stojan, Frau Schulte-Ostermann, Herr Bernet und Frau Hildebrand sprechen sich für die Einrichtung einer Kinder- und Jugendvertretung aus. Herr Loboda macht deutlich, dass ein Fachtag gut sei, dass aber umgehend etwas Konkretes passieren müsse.

Herr Puhle erläutert, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Prozess „Aufwachsen in Lübeck 2.0“ ein wichtiges Thema sei und dass es dazu Konferenzen geben soll, die leider coronabedingt ausgefallen seien.

Frau Schulte-Ostermann schlägt vor, dass die Verwaltung Kontakt zu den Jugendlichen aufnehme und ihnen Allris erkläre und dass in der Bürgerschaft eine Einwohnerfragestunde für Kinder und Jugendliche eingerichtet werde.

Herr Puhle merkt an, dass solche Aspekte beim Fachtag besprochen werden sollen.

Herr Leitner macht deutlich, dass es auch Möglichkeiten geben solle, bei denen Kinder und Jugendliche über Themen zur Beteiligung entscheiden dürften.

Frau Stojan fragt nach einer Konkretisierung der Stellen. Frau Reichel berichtet, dass für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen 30 Stunden zusätzlich vorhanden seien und diese demnächst ausgeschrieben werden. Weiterhin schlägt sie vor den Fachtag durch Kinder und Jugendliche organisieren zu lassen.

Herr Puhle schlägt vor die Anmerkungen wie folgt im Antrag zu ergänzen und lässt darüber abstimmen.

Antrag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

Im Rahmen des Prozesses „Aufwachsen in Lübeck II“ wird im Herbst 2020 ein Fachtag zum Thema „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ durchgeführt. Hierzu sind auch jeweils 1-2 Personen der vorhandenen Interessengruppen einzuladen.

Die vorliegenden Anträge unter 7.2 und 7.2.1 und die Empfehlung von der Jugendvertretung, Herrn Loboda, gehen als Material in den o.g. Prozess.

Weiterhin empfiehlt der Jugendhilfeausschuss der Bürgerschaft folgendes zu beschließen:

1. Der vorhandene „Handlungsleitfaden Prüfung der Relevanz gem. § 47 f GO in den Fachbereichen“ ist kritisch zu überprüfen und ggf. anzupassen.

Hierzu erstellt die Verwaltung einen Bericht bis Februar 2021. Der Bericht soll insbesondere Optimierungspotenziale innerhalb der Verwaltungsabläufe aufzeigen.

2. Im Rahmen der diesjährigen Haushaltsberatungen wird ein angemessener finanzieller Betrag für das Thema Beteiligung zur Verfügung gestellt. Die inhaltliche Umsetzung erfolgt über die Konzepterarbeitung im Rahmen von „Aufwachsen in Lübeck II“.
3. Die Budgetverträge mit den freien Trägern werden bis zur Sommerpause 2021 neu verhandelt und abgeschlossen (bereits Beschlusslage). Hierzu wird das Thema „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ bei allen Budgetverträgen geprüft und in geeigneter Weise mit aufgenommen.
4. Es wird eine Kinder- und Jugendvertretung eingerichtet. Die Ausgestaltung wird im Rahmen des Prozesses „Aufwachsen in Lübeck 2.0“ erarbeitet

Das Konzept zur Beteiligung wird bis zum März 2021 erarbeitet.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig entsprechend des Antrages in ergänzter Fassung zu beschließen.

zu 7.3 BM Antje Jansen (GAL): Änderung der Elternbeitragssatzung Kindertagespflege sowie Richtlinien Kindertagespflege (VO/2020/08926)
Vorlage: VO/2020/09190

Herr Jürgensen erklärt zum Punkt 1, dass bisher kein Handlungsbedarf zur erneuten Anpassung der Sachkostenpauschale gesehen wurde.

Zum Punkt 2 berichtet er, dass die Anpassung zur Vertretungsregelung im Prozess „Aufwachsen in Lübeck 2.0“ weit vorangeschritten sei und dass spätestens nächstes Jahr eine Gremienbeteiligung angestrebt werde.

Zum Punkt 3 erläutert Herr Jürgensen, dass die Anpassungen zum 01.01.2021 erfolgen. Die Änderungen zur Elternbeitragssatzung, Sozialstaffelsatzung und Richtlinie Kindertagespflege werden ins Verfahren gegeben und eine Umsetzung vor dem 01.01.2021 sei nicht möglich.

Herr Puhle ergänzt, dass es ein Gespräch mit der Kindertagespflege, den jugendpolitischen Sprechern und der Verwaltung gegeben hätte. Dort hätte man den Konsens gefunden, dass zunächst abgewartet und notfalls finanziell nachgesteuert werde.

Frau Traoré (Kindertagespflegeperson) meldet zu Wort. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Frau Traoré widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Frau Traoré macht deutlich, dass alles, insbesondere Miete, teurer werde und spricht sich dafür aus die Sachkostenpauschale von 1,73 € beizubehalten. Frau Schulte-Ostermann merkt an, dass das Gutachten des Landes zur Sachkostenpauschale nicht ausschließlich für die Hansestadt Lübeck entwickelt wurde.

Herr Jürgensen erklärt, dass der Landesgesetzgeber die Anhaltspunkte des Gutachtens aufgegriffen und auf Schleswig-Holstein angepasst hätte. Weiterhin zahle die Hansestadt Lübeck einen Mietkostenzuschuss.

Frau Gab und Frau Levgrün (beide Kindertagespflegepersonen) melden sich zu Wort. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Frau Gab und Frau Levgrün widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Beide Kindertagespflegepersonen erklären, dass die Vorgaben des Landes lediglich Mindestwerte seien und die Kosten durch Corona noch weiter angestiegen seien.

Herr Jürgensen hebt hervor, dass die Kindertagespflegepersonen sehr gute Arbeit leisten. Es gäbe lediglich die Optionen ein neues Gutachten erstellen zu lassen oder die Sachkosten neu bewerten zu lassen.

Herr Puhle schlägt zu Punkt 1 vor den Vorschlag von Herrn Jürgensen aufzugreifen und ein neues Gutachten erstellen zu lassen, das in der ersten Jahreshälfte 2021 vorgelegt werde.

Es entsteht eine Diskussion über höhere Kosten durch Corona und die Aufschlüsselung von Sachkosten. Es sprechen Frau Schulte-Ostermann, Herr Puhle, Frau Vogeler, Herr Kerlin, Frau Hildebrand und Frau Gab. Herr Jürgensen weist darauf hin, dass er das Gutachten verschicken würde, in der die Sachkosten aufgeschlüsselt seien.

Herr Puhle schlägt vor folgenden Antrag an die Bürgerschaft zu geben und lässt darüber abstimmen.

Antrag:

Die Bürgerschaft möge folgendes beschließen:

Zur Ermittlung der Sachkosten in der Kindertagespflege erstellt die Verwaltung ein Gutachten im ersten Halbjahr 2021.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Antrag einstimmig an.

Der Vorsitzende lässt über den Überweisungsantrag abstimmen.

Beschluss:

In Bezug auf die Richtlinie der Kindertagespflege wird beantragt:

1. Die Erstattungen für die Sachkostenpauschale in (bisheriger) Höhe von 1,73 € pro Kind und Stunde beizubehalten,

2. Die Vertretungsregelung in der Förderrichtlinie gesetzeskonform anzupassen.

3. Die Änderungen hinsichtlich der laufenden Geldleistung für die Betreuung und Förderung von Kindern unter einem Jahr sowie behinderten bzw. von Behinderung bedrohten Kindern in der Kindertagespflege sind bereits zum 01.08.2020 gemäß den Vorgaben des KiTa-Reform-Gesetz anzupassen und in die Förderrichtlinie einzuarbeiten..

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	x
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	14
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	

	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, den Antrag abzulehnen.

zu 8	Anträge von Ausschussmitgliedern
-------------	---

zu 8.1	AM Puhle (SPD): Dringlichkeitsantrag - Geschwisterermäßigung neu regeln Vorlage: VO/2020/09252-01
---------------	--

Herr Jürgensen erklärt, dass sich die Geschwisterermäßigung grundsätzlich nach einem verlässlichen Betreuungsvertrag nach dem Modell Ganzttag an Schule richte. Dies bedeute, dass eine verlässliche Betreuung an mindestens 3 Tagen in der Woche gewährleistet sein müsse. Die Waldorfschule hätte den Ganzttag zwar noch nicht umgesetzt, dennoch gewährleiste sie eine verlässliche Betreuung an mindestens 3 Tagen pro Woche, so dass die Geschwisterermäßigung dort auch greife.

Bei Förderschulen werde genauso verfahren wie bei der Waldorfschule, wenn das Angebot vergleichbar sei.

Besuchen Lübecker Schüler:innen eine Grundschule in einer Umlandgemeinde wäre grundsätzlich auch eine Einbeziehung in die Geschwisterermäßigung möglich. Ein Verfahren dafür müsste noch entwickelt werden.

Auf Nachfragen von Frau Schulte-Ostermann erklärt Frau Rieper, dass die Schülerclubs in der 5. und 6. Klasse der Trave Grund- und Gemeinschaftsschule erst in diesem Jahr beginnen und dann auch berücksichtigt würden und dass die Geschwisterermäßigung rückwirkend zum 01.08.2020 greife.

Auf Nachfrage von Frau Schulte-Ostermann zur Frühkindbetreuung antwortet Herr Jürgensen.

Herr Puhle schlägt vor entsprechend den Ausführungen der Verwaltung zu beschließen und schlägt folgende Änderungen vor, über die er im Anschluss abstimmen lässt.

Beschluss:

~~In der Vorlage „Neufassung der Sozialstaffelsatzung, der Elternbeitragssatzung Kindertagespflege sowie der Richtlinie Kindertagespflege“ ist §7 – Geltungsbereich – der Sozialstaffelsatzung wie folgt zu ergänzen und somit – anders als zuletzt beschlossen – zu ändern:~~

~~Darüber hinaus gilt §5 – Geschwisterregelung – für alle Kinder, die ihren Hauptwohnsitz und ihren Lebensmittelpunkt in Lübeck haben und die Betreuungseinrichtung einer Lübecker Grund- und/oder Gemeinschaftsschule, eines Grundschulförderzentrums oder die Kindertagespflege besuchen.~~

1. Die Geschwisterermäßigung in der Schulkindbetreuung richtet sich grundsätzlich nach einem verlässlichen Betreuungsvertrag nach dem Modell Ganzttag an Schule in Höhe von 70 € / 100 € / 120 €. Einzelne gebuchte Früh- bzw. Randbetreuungszeiten sowie AG-Angebote sind ausgenommen.
2. An der Waldorfschule wird das Modell Ganzttag an Schule noch nicht umgesetzt. Dennoch erfolgt eine verlässliche Betreuung an mindestens 3 Tagen i. d. Woche bzw. mindesten 70 € im Monat. Daher kann die Geschwisterermäßigung dort auch berücksichtigt werden.

3. Wenn an den Förderschulen Matthias-Leithoff-Schule und Schule Wilhelmshöhe eine verlässliche Betreuung an mindestens 3 Tagen / Woche bzw. 70 € / Monat erfolgt, dann greift auch dort, unabhängig von der Umsetzung des Ganztages, die Geschwisterermäßigung.
4. Besuchen Lübecker Schüler:innen eine Grundschule in einer Umlandgemeinde, sollte grundsätzlich auch eine Einbeziehung in die Geschwisterermäßigung möglich sein. Ein Verfahren dafür ist noch zu entwickeln.

Die Geschwisterermäßigung greift rückwirkend zum 01.08.2020.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, den geänderten Antrag zu beschließen.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Lübeck, den 26. Mai 2021

Jörn Puhle
Vorsitz

Dana Gladasch 4.513 Jugendarbeit
Protokollführung



NIEDERSCHRIFT

19. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2018 - 2023)

Sitzungstermin:	Donnerstag, 01.10.2020	
Sitzungsbeginn:	16:04 Uhr	
Sitzungsende:	16:58 Uhr	
Sitzungsort:	media docks Raum MF 500, Willy-Brandt-Allee 31, 23554 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Jörn Puhle - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Kristin Blankenburg - SPD		
Bastian Langbehn - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dagmar Hildebrand - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Jose Maria Bernet - Lübecker Jugendring		
Britta Ingwersen - Lübecker Jugendring		
Sandra Odendahl - SPD		
Sandra Pereira da Silva David - Lübecker Jugendring Die Johanniter		
Stefan Schimmöller - AG freier Wohlfahrtsverbände Vorwerker Diakonie	Vertretung für: Frau Pastorin Dörte Eitel	
Simone Stojan - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Michaela Vogeler - Die Unabhängigen	Vertretung für: Frau Claudia Petereit	
Horst Wargenau - CDU		
Jürgen Wecker - AG freier Wohlfahrtsverbände		
Jens Zimmermann - CDU	Vertretung für: Herrn Stefan Krause	
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Mascha Benecke-Benbouabdellah - Stadtalternvertretung		
Renate Junghans - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt		
Klaus-Peter Jürgensen - Fachbereichsdienste FB 4		
Maxim Loboda - Vertretung der Jugend		
Lutz Regenbergl - Mitglied der Fachgruppe HZE		
Birgit Reichel - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt		
Juleka Schulte - Ostermann - Stadtalternvertretung		

Petra Scharrenberg - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	
Verwaltung	
Hansjörg Diers - 4.041.1 Jugendberufsagentur	
Thorsten Drescher - 4.401.2 Jugendhilfeplanung	
Dana Gladasch - 4.513 - Jugendarbeit	
Christiane Möller - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt	
Uta Steinkamp - 4.511 - Kindertageseinrichtungen	
Aiko Wagner - FBC FB 4	
Protokollführung	
Sabine Schulz - 4.513 - Jugendarbeit	
Entschuldigte Mitglieder	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Pastorin Dörte Eitel - AG freier Wohlfahrtsverbände	entschuldigt
Stefan Krause - CDU	entschuldigt
Claudia Petereit - Die Unabhängigen	entschuldigt
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Rafael Jancen - Forum für MigrantInnen	keine Teilnahme
Lukas Leitner - Vertretung der Jugend	keine Teilnahme
Verwaltung	
Senatorin Kathrin Weiher - FB 4 - Kultur und Bildung	entschuldigt
Renate Heidig - 4.041.2 Jugendhilfeplanung	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
3	Anliegen der Jugend	
4	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
4.1	Mitteilungen der Verwaltung	
4.2	Sitzungstermine für den Jugendhilfeausschuss für das Jahr 2021	VO/2020/09322
5	Berichte	
5.1	Bestandsbericht Streetart in Lübeck	VO/2020/08715
5.2	Jugendarbeit in Zeiten von Corona (mdl. Bericht)	
6	Beschlussvorlagen	
6.1	Wahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedes in den Jugendhilfeausschuss auf Vorschlag des Jugendrings	VO/2020/09281
7	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Armutsstrategie zum Armuts- und Sozialbericht - sozialräumliche Gliederung	VO/2020/09174
8	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8.1	Dringlichkeitsantrag des AM Michaela Vogeler (Die Unabhängigen): Konzeptüberarbeitung Schülerbeförderung in Corona-Zeiten	VO/2020/09378
9	Verschiedenes	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende entschuldigt Frau Senatorin Weiher krankheitsbedingt.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Es sind keine zu verpflichtenden Ausschussmitglieder anwesend

Zur Tagesordnung liegt folgender Antrag vor:

8.1. Dringlichkeitsantrag des AM Michaela Vogeler (Die Unabhängigen): Konzeptüberarbeitung Schülerbeförderung in Corona-Zeiten

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Antrag die Bürgerschaft in der Sitzung am 24.09.2020 hätte erreichen können oder zur Sitzung des Hauptausschusses am 27.10.2020 gestellt werden könne. Er weist auf den Inhalt des Antrages und die fehlende Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses hin und lässt darüber abstimmen.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt mehrheitlich die Nichtzuständigkeit des Jugendhilfeausschusses.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	---
	einstimmige Ablehnung	---
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	---
	Vertagung	---
	Ohne Votum	---

Der Vorsitzende fragt, ob es Tagesordnungspunkte unter Ausschluss der Öffentlichkeit gibt. Dies ist nicht der Fall. Somit entfällt der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Es werden keine Änderungen zur Tagesordnung vorgetragen.

Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Es liegt nichts vor.

zu 3 Anliegen der Jugend

Es liegt nichts vor.

zu 4 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegt nichts vor.

zu 4.2	Sitzungstermine für den Jugendhilfeausschuss für das Jahr 2021 Vorlage: VO/2020/09322
---------------	--

Frau Vogeler bittet darum, die Sitzungen nicht ausschließlich im Bürgerschaftssaal stattfinden zu lassen, da dieser nicht oder nur ungenügend gelüftet werden könne. Hierzu regt sie außerdem an, mehrere zuständige Mitarbeitende des Rathauses in Bezug auf die Bedienung der Lüftungsanlage einzuweisen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5	Berichte
-------------	-----------------

zu 5.1	Bestandsbericht Streetart in Lübeck Vorlage: VO/2020/08715
---------------	---

Frau Hildebrand begrüßt den großartigen Bericht. Sie regt an, dass im Rahmen des Projektes Inlineskaterbahn in Travemünde 2021 auch eine Graffitiwand zur Verfügung gestellt werde.

Bericht:

Der Fachbereich Kultur und Bildung beabsichtigt das Thema Streetart im Lübecker Stadtgebiet weiter auszubauen und Initiativen, die in diesem Bereich aktiv sind, zu unterstützen. Hierfür wurde unter Federführung der Fachbereichsleitung die AG „Streetart“ aus Vertreter:innen der Stabsstelle des FB 4, des Kulturbüros sowie der Bereiche Jugendarbeit, Schule und Sport, VHS und GMHL gebildet.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.2 Jugendarbeit in Zeiten von Corona (mdl. Bericht)

Frau Reichel berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die Jugendarbeit in Zeiten von Corona. Die Präsentation wird der Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

Es folgen Wortmeldungen von Frau Benecke-Benbouabdellah, Frau Hildebrand und Frau Odendahl.

Auf Nachfrage von Herrn Herr Bernet berichtet Frau Reichel, dass die in diesem Jahr zur Verfügung stehenden Landesmittel für Jugendarbeit weitestmöglich ausgeschüttet werden.

zu 6 Beschlussvorlagen

zu 6.1 Wahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedes in den Jugendhilfeausschuss auf Vorschlag des Jugendrings Vorlage: VO/2020/09281

Beschluss:

Herr Allan Pluschkell wird als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied auf Vorschlag des Lübecker Jugendrings in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	---
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	---
	Enthaltungen	---
	Kenntnisnahme	---
	Vertagung	---
	Ohne Votum	---

zu 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 7.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Armutsstrategie zum Armuts- und Sozialbericht - sozialräumliche Gliederung Vorlage: VO/2020/09174

Frau Stojan merkt an, dass der erste Aufzählungspunkt unter Punkt 2 um die Wörter **und Jugendliche** ergänzt werden solle.

Der Vorsitzende schlägt vor, den Antrag entsprechend der Ausführung von Frau Stojan zu ergänzen und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Die im Rahmen des Armuts- und Sozialberichtes zu erhebenden Sozialdaten sollen in Zukunft für spezifische Sozialräume bzw. Quartiere im Stadtgebiete erhoben werden, um ein realistisches Bild der sozialen Situation besonders armutsgefährdeter Gruppen in den verschiedenen Lebensumfeldern Lübecks darzustellen.

Vor diesem Hintergrund sind die Stadtteile Lübecks auf der Basis räumlicher Gegebenheiten sowie spezifischer sozialdemographischer Parameter in verschiedene Sozialräume bzw. Quartiere zu gliedern.

2. Auf der Basis des Beschlusses vom 03.03.2015 (VO/2015/02403) und den Sozialdaten in den einzelnen Quartieren sollen die Handlungsempfehlungen zum Armuts- und Sozialbericht fortlaufend für die einzelnen Sozialräume Lübecks im Rahmen einer integrierten Armutsstrategie für Lübeck dargestellt werden. Die Armutsstrategie ist der Bürgerschaft im Jahr 2021 vorzulegen und soll regelmäßig in 5-Jahres-Intervallen gemäß der soziodemographischen Trends aktualisiert werden.
 - Im Kontext der Armutsstrategie soll insbesondere auf folgende besonders armutsgefährdete Gruppen eingegangen werden;
 - Kinder **und Jugendliche**
 - Frauen
 - Rentner*innen
 - Bei der Bündelung der spezifischen quartiersbezogenen Handlungsempfehlungen sind alle relevante Akteure in den Sozialräumen (z.B. freie Träger, Wohlfahrtsverbände, Pflegedienste, Migrant*innenvereinigungen usw.) sowie relevante Akteure und Gremien der Verwaltung (z.B. Jobcenter, Arbeitsgruppe Leben und Wohnen im Alter usw.) in die Strategieerstellung und Maßnahmenanpassung einzubeziehen.

Es ist darauf zu achten, dass die aktualisierten und neuen Maßnahmen mit den rechtlich gestützten und realisierten Regelmaßnahmen (etwa solchen nach SGB VIII / Kinder- und Jugendhilfe oder SGB II / Arbeitsförderung) sowie bestehenden Angeboten und Konzepten sinnvoll verknüpft werden und keine Doppelstrukturen geschaffen werden.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, entsprechend des Antrages in ergänzter Fassung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	---
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	---
	Enthaltungen	---
	Kenntnisnahme	---
	Vertagung	---
	Ohne Votum	---

zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 8.1 Dringlichkeitsantrag des AM Michaela Vogeler (Die Unabhängigen): Konzeptüberarbeitung Schülerbeförderung in Corona-Zeiten Vorlage: VO/2020/09378

Es wurde unter TOP 1 die Nichtzuständigkeit des Jugendhilfeausschusses beschlossen.

zu 9	Verschiedenes
-------------	----------------------

Es liegt nichts vor.

Lübeck, den 26. Mai 2021

Jörn Puhle
Vorsitz

Sabine Schulz
Protokollführung



N I E D E R S C H R I F T

20. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2018 - 2023)

Sitzungstermin:	Donnerstag, 12.11.2020	
Sitzungsbeginn:	16:07 Uhr	
Sitzungsende:	18:23 Uhr	
Sitzungsort:	Musik- und Kongresshalle	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Jörn Puhle - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Kristin Blankenburg - SPD		
Dagmar Hildebrand - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Jose Maria Bernet - Lübecker Jugendring		
Karin Burakowski - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Simone Stojan	
Pastorin Dörte Eitel - AG freier Wohlfahrtsverbände		
Britta Ingwersen - Lübecker Jugendring		
Madita Liza Jürk - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Herrn Bastian Lang-behn	
Vera-Simone Kuzla - AG freier Wohlfahrtsverbände	Vertretung für: Herrn Thomas Grams	
Sandra Odendahl - SPD		
Renate Prüß - AG freier Wohlfahrtsverbände AWO Schleswig-Holstein	Vertretung für: Herrn Jürgen Wecker	
Michaela Vogeler - Die Unabhängigen	Vertretung für: Frau Claudia Petereit	
Horst Wargenau - CDU		
Jens Zimmermann - CDU	Vertretung für: Herrn Stefan Krause	
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Mascha Benecke-Benbouabdellah - Stadtteilernvertretung		
Renate Junghans - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt		
Klaus-Peter Jürgensen - Fachbereichsdienste FB 4		
Maxim Loboda - Vertretung der Jugend		
Lutz Regenbergl - Mitglied der Fachgruppe HZE		
Birgit Reichel - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt		
Juleka Schulte - Ostermann - Stadtteilernvertretung		

Verwaltung	
Björn Denker - 4.513 Jugendarbeit / Jugendamt	
Hansjörg Diers - 4.041.1 Jugendberufsagentur	
Sabine Dörre-Brunner - 4.513 Jugendarbeit / Jugendamt	
Thorsten Drescher - 4.401.2 Jugendhilfeplanung	
Renate Heidig - 4.041.2 Jugendhilfeplanung	
Malin Hoffhenke - 4.513 Jugendarbeit / Jugendamt	
Anne Hunsicker - 4.513 Jugendarbeit / Jugendamt	
Christiane Möller - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt	
Sabine Schulz - 4.513 - Jugendarbeit	
Jenni Sjöholm - 4.513 Jugendarbeit / Jugendamt	
Uta Steinkamp - 4.511 - Kindertageseinrichtungen	
Aiko Wagner - FBC FB 4	
Protokollführung	
Dana Gladasch - 4.513 - Jugendarbeit	
Gäste	
Daniel Kerlin - FDP	
Andreas Müller - DIE LINKE	
Dr. Matthias Rasch - Grundstücks-Gesellschaft Trave mbH	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Bastian Langbehn - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Thomas Grams - AG freier Wohlfahrtsverbände	entschuldigt
Stefan Krause - CDU	keine Teilnahme
Sandra Pereira da Silva David - Lübecker Jugendring Die Johanniter	entschuldigt
Claudia Petereit - Die Unabhängigen	entschuldigt
Simone Stojan - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
Jürgen Wecker - AG freier Wohlfahrtsverbände	entschuldigt
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Rafael Jancen - Forum für MigrantInnen	entschuldigt
Verwaltung	
Senatorin Kathrin Weiher - FB 4 - Kultur und Bildung	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.06.2020	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.07.2020	
2.3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.08.2020	
3	Anliegen der Jugend	
4	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
4.1	Mitteilungen der Verwaltung	
4.1.1	Zahlungsavisen für Kindertagespflegepersonen	
4.2	Anfrage des AM Karin Burakowski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tagesgruppe in Buntekuh	VO/2020/09495
4.3	Fragen der KEV/SEV zu Schließungen aufgrund Covid-19 und Personalsituation	VO/2020/09506
5	Berichte	
5.1	Wohnraum für junge Erwachsene aus stationären Maßnahmen (mdl. Bericht)	
5.2	aktueller Sachstand Verkauf Gebäude Röhre / Koki (mdl. Bericht)	
6	Beschlussvorlagen	
6.1	Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln gem. § 95 d Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) für das Produkt Jugendhilfe	VO/2020/09332
6.2	Jugendhilfeplanung-Kindertagesbetreuung 2020/21 ff Ergänzung der aktuellen Kita-Bedarfsplanung (VO/2020/08597) i. S. d. Kindertagesförderungsgesetz - KiTaG	VO/2020/09444

6.3	Jugendhilfeplanung - Kindertagesbetreuung (Bedarfsplan i. S. v. § 7 KiTaG) Maßnahmenplanung Kindergartenjahr 2022/23 ff.	VO/2020/09446
6.4	Satzung der Hansestadt Lübeck über den Ausschluss von Kindertageseinrichtungsträgern von der Förderfähigkeit	VO/2020/09440
6.5	Berufung eines stellvertretenden beratenden Ausschussmitgliedes in den Jugendhilfeausschuss auf Vorschlag des Forums für Migrant:innen	VO/2020/09447
7	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
8	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8.1	Übernahme des Antrages von AM Puhle (SPD) in den Jugendhilfeausschuss: AM Petereit (SPD) und AM Prieur (CDU) : Dringlichkeitsantrag: Aktuelle Situation der offenen Kinder- und Jugendarbeit - Aufrechterhaltung der Angebote	VO/2020/09466-01
9	Verschiedenes	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 20. Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss. Frau Eitel teilt mit, dass sie zum TOP 6.3 den Raum verlassen werde, da sie befangen sei.

Herr Puhle entschuldigt Frau Senatorin Weiher und Herrn Senator Hinsen.

Es sind keine zu verpflichtenden Ausschussmitglieder anwesend.

Der Vorsitzende erklärt er, dass zwei Tagesordnungspunkte aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie verschoben wurden.

Die Anfragen unter TOP 4.2 und 4.3 werden in einer der nächsten Sitzungen schriftlich beantwortet. Es gab zwei Nachfragen zum TOP 6.4, die entsprechend unter dem Tagesordnungspunkt beantwortet werden.

Der Vorsitzende fragt, ob mündliche Anträge zur Tagesordnung gestellt werden und ob es Tagesordnungspunkte unter Ausschluss der Öffentlichkeit gibt. Dies ist nicht der Fall.

Die Tagesordnung ist damit unter Bejahung der vorgetragenen Änderungen einstimmig festgestellt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift
--

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.06.2020

Frau Schulte-Ostermann hatte bereits im Vorwege schriftlich mitgeteilt, dass die Protokollierung zu TOP 4.1.3 Beantwortung der Fragen zur Telefonkonferenz (14.05.2020) von KEV/SEV zum Thema Kita-Reform, nach den der KEV/SEV Lübeck vorliegenden Informationen nicht korrekt sei. Eine Ablehnung der Betreuung eines Kindes mit Behinderung in einer Kita mit dem Verweis auf fehlende pädagogische Vertretbarkeit durch Einschätzung der Kita-Leitung sei unzulässig.

Herr Jürgensen erklärt, dass sich die pädagogische Vertretbarkeit aus dem Kindeswohl und nicht aus dem Wunsch der Eltern ergebe. Die Protokollierung sei somit korrekt.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.07.2020

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.08.2020

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anliegen der Jugend
--

Herr Loboda berichtet aus der Sicht der Jugend über den zweiten Lockdown. Er wünscht sich eine Verbesserung der Angebote in den Jugendzentren, gerne auch online. Herr Puhle verweist auf den TOP 8.1, bei dem das Thema besprochen werde.

zu 4 Anfragen / Antworten / Mitteilungen
--

zu 4.1 Mitteilungen der Verwaltung
--

zu 4.1.1 Zahlungssavisen für Kindertagespflegepersonen

Herr Jürgensen berichtet, dass aufgrund einer Systemumstellung in der Kindertagespflege die Zahlungssavisen nicht ausgezahlt werden könnten. Dies werde aber rückwirkend zum 01.08.2020 nachgeholt.

zu 4.2 Anfrage des AM Karin Burakowski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tagesgruppe in Buntekuh Vorlage: VO/2020/09495
--

Herr Puhle erklärt, dass Anfragen grundsätzlich schriftlich beantwortet würden. In diesem Fall wollte Frau Junghans unter Mitteilungen der Verwaltung etwas zur Tagesgruppe in Buntekuh sagen. Dies erfolgt nun zur entsprechenden Anfrage von Frau Burakowski. Eine schriftliche Beantwortung werde aber nachgereicht.

Frau Junghans erklärt, dass die Tagesgruppe zum 31.12.2020 geschlossen werde, da eine entsprechende Auslastung über einen längeren Zeitraum nicht vorhanden sei. Derzeit seien neun Kinder in der Tagesgruppe. Die Hilfen würden bei vier Kindern zum Ende des Jahres auslaufen. Bei weiteren vier Kindern sei die Tagesgruppe kein geeignetes Mittel, so dass lediglich ein Kind übrig sei. Für dieses Kind wäre ein Ersatzplatz vorhanden. Auf Nachfrage von Frau Jürk erklärt Frau Junghans, dass keine Warteliste vorhanden sei.

Herr Müller von der Linken meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Müller widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Auf eine Nachfrage von Herrn Müller zum Kündigungszeitpunkt des Vertrages erklärt Herr Puhle, dass Herr Müller sich gerne der Anfrage von Frau Burakowski anschließen könne und dass diese dann schriftlich beantwortet werde.

Anfrage:

Der ambulanten Tagesgruppe der AWO Buntekuh wurde Seitens des Jugendamtes der Vertrag zum 01. 01.2021 gekündigt. Zurzeit werden dort 7 Kinder betreut. Drei Kinder stehen auf der Warteliste. Das Projekt fällt Einsparungen zum Opfer. Es werden Gelder für ebenso dringend benötigte Hilfen wie Familienhebammen umgeschichtet.

Dazu bitte ich um die Beantwortung der folgenden Fragen, nach Möglichkeit mündlich in der Sitzung am 12. November 2020, mit schriftlicher Nachreichung ggf. offener Fragen:

1. Wo werden die Kinder künftig betreut, die derzeit in der o.g. Gruppe sind? Gibt es bereits Ersatzplätze in pädagogisch gleichwertigen Einrichtungen? Wenn ja, wo?
2. Wurden die Familien seitens des Jugendamtes auf die Veränderung vorbereitet? Wann wurde ein Einrichtungswechsel in den Hilfeplänen der Kinder aufgenommen und neue Zielvereinbarungen getroffen?

2019 wurde eine zusätzliche Tagesgruppe von den Trägern Kinderwege und Vorwerker Diakonie gegründet. Die Begründung dafür war: „Die Gruppe war nötig geworden nachdem der Bereich Familienhilfe/Jugendamt der Hansestadt Lübeck einen zunehmenden Bedarf festgestellt hatte.“

3. Inwiefern hat sich der Bedarf seitdem verändert?
4. Wurden auch andere Verträge mit Einrichtungen der Familienhilfen gekündigt?

Welche Mittel würden benötigt, um die Einrichtung weiter zu unterhalten?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 4.3 Fragen der KEV/SEV zu Schließungen aufgrund Covid-19 und Personalsituation
Vorlage: VO/2020/09506

Herr Puhle erklärt, dass die Beantwortung schriftlich in einer der nächsten Sitzungen erfolge.

Anfrage:

In den letzten Tagen ist es im Bereich der Kindertagesstätten bei allen Trägern zu Schließungen aufgrund von Covid-19-Fällen gekommen.

Die KEV/SEV hat aufgrund dieser Schließungen verschiedene Rückmeldungen und Fragen betroffener Eltern der Einrichtungen erhalten, die wir dem Jugendhilfeausschuss der Hansestadt Lübeck und den betroffenen Verwaltungen (Gesundheitsamt, Bereich städtische Kindertageseinrichtungen, Bereich Jugendamt/Jugendhilfeplanung) zur Beantwortung, Evaluierung und Verbesserung der Handhabung der derzeitigen Situation weiterleiten möchten.

1. Schließung einer von Covid-19 betroffenen Einrichtung

Nach den uns vorliegenden Informationen sind die Kindertagesstätten nach Auftreten eines Falles von Covid-19 in der Einrichtung von den zuständigen Leitungen für einen oder mehrere Tage geschlossen worden und nicht durch Anordnung des Gesundheitsamtes. Wir möchten daher hier noch einmal darauf aufmerksam machen, dass bei einer Schließung der Einrichtung, die nicht durch das Gesundheitsamt erfolgt, die Eltern keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung nach §§ 56 ff IfSG haben für die Zeit, in der sie ihre Kinder zu Hause betreuen müssen. Es ist aus unserer Sicht den Leitungen der Kindertagesstätten auch nicht zuzumuten ohne fachliche Anleitung eine Klassifizierung der Kontaktpersonen in Kategorie 1, 2 oder 3 vorzunehmen und anhand dessen selbstständig eine Entscheidung zu treffen

(<https://www.luebeck.de/de/rathaus/verwaltung/gesundheitsamt/infektionsschutz/coronavirus.html#faq>).

Wir bitten daher ausdrücklich darum, dass eine Entscheidung zur Schließung einer Einrichtung nur nach Rücksprache und auf Anordnung des zuständigen Gesundheitsamtes und des dafür zuständigen Fachpersonal erfolgt. Auch die Schließung einzelner Gruppen sollte nur nach diesem Prinzip erfolgen. Zugleich ist darauf zu achten, dass die Quarantäne- oder Schließungsanordnung des Gesundheitsamtes den gesamten Zeitraum einer Schließung der Kita umfasst, also auch den Tag ab Eintreten des Covid-19-Falles. Uns sind Fälle bekannt, bei denen die Quarantäneanordnung einen deutlich geringeren Zeitraum als die eigentliche Schließung umfasst (Schließung am Mittwoch, einschließlich Donnerstag und Freitag wegen ohnehin geplanter Fortbildung der Erzieher:innen, die natürlich ausfiel, Quarantäneanordnung aber erst ab dem darauf folgenden Montag)

2. Informationsübermittlung an die Eltern im Falle eines aufgetretenen Falles von Covid-19

Es war für die Eltern in den bisherigen Fällen schwierig, die für sie relevanten Informationen durch die Leitung der Kita oder andere Stellen zu erhalten.

In den vergangenen zwei Wochen haben daher vielfach die Elternvertretungen der Kita für den Informationsfluss an die Eltern gesorgt.

Die Leitungen der Kindertagesstätten sind verständlicherweise oft verunsichert wie sie diese neue Situation handhaben sollen, haben, wenn sie selbst in Quarantäne sind, keinen Zugriff auf ihre Dienststrecker und dürfen aus Datenschutzgründen aus einer verhängten Quarantäne auch keine Anfragen per Email beantworten oder Informationen verschicken. Das bei einem Covid-19-Fall an die Eltern verschickte Formscheiben des Gesundheitsamtes wirft oft weitere Fragen auf, die die Eltern auch nicht durch eigene Recherche beantworten können. Auch sind die an die Eltern weitergeleiteten Informationen oft widersprüchlich. So ist zum Beispiel nicht in allen Fällen eindeutig an alle betroffenen Eltern kommuniziert worden, ob sie und ihr Kind einer Quarantäne unterliegen oder zu welcher Kategorie von Kontaktperson sie gehören. Auch sind nicht alle Eltern einer Einrichtung telefonisch vom Gesundheitsamt kontaktiert worden, obwohl dies so zugesagt wurde. Um die Situation der Kommunikation an die Eltern zu verbessern, empfehlen wir den Trägern der Einrichtungen gemeinsam mit dem Gesundheitsamt ein Informationsschreiben für die Eltern zu entwickeln, welches im Bedarfsfall auf die Einzelsituation der betroffenen Einrichtung angepasst werden kann. Darin sollte sowohl das angepasste Verhalten im Falle eines Covid-19-Falles in der Kita erläutert und die zu treffenden Maßnahmen genannt werden. Auch sollte es eine Möglichkeit geben, telefonisch oder schriftlich Rückfragen an einen allein für Kindertageseinrichtungen zuständigen Ansprechpartner zu stellen.

3. Hygienekonzept: zusätzliche Maßnahmen zum Schutz der Kinder und Erzieher:innen

Uns ist bewusst, dass es kein einheitliches Hygiene-Konzept für alle Kindertagesstätten der Hansestadt Lübeck geben kann, da die baulichen und strukturellen Voraussetzungen in den Häusern sehr unterschiedlich sind. Wir vertrauen den, auf der Grundlage des Leitfadens für Kitas des Landes Schleswig-Holsteins erarbeiteten, aufgestellten Hygienekonzepten. Diese hängen nach unseren Informationen jedoch nicht in allen Einrichtungen einsehbar aus oder wurden in den Beiräten kommuniziert. Dies bitten wir ggf. nachzuholen. In Anbetracht steigender Infektionszahlen in der Hansestadt Lübeck und im Land Schleswig-Holsteins bitten wir darum zu prüfen, für welche Einrichtungen und welche Gruppenräume die Anschaffung mobiler Luftreiniger für die Gruppenräume als sinnvoll zu erachten ist. Gerade Einrichtungen, die sich in (sanierten) Altbauten befinden, haben oft verwinkelte Gruppenräume oder ineinander übergehende Räume, in denen es in einem der beiden Räume keine Möglichkeit des Lüftens gibt und der Luftaustausch nicht möglich oder schwierig ist. Diese Einrichtungen sollten zum Schutz der Mitarbeiter:innen und der Kinder mit solchen Geräten zusätzlich ausgestattet werden. Auch bitten wir darum zu prüfen, (so noch nicht geschehen) in welchen Einrichtungen es ggf. notwendig sein kann, auch im Erzieher:innen - Kind-Kontakt mit einer Mund-Nasen-Bedeckung zu arbeiten, zum Beispiel in Situationen, in denen Erzieher:innen als Springkräfte in verschiedenen Gruppen arbeiten müssen.

4. Fehlendes Personal, Reduzierungen der Betreuung

Laut Rückmeldungen von Eltern aus verschiedenen Kindertageseinrichtungen steigen derzeit die Fälle von Reduzierungen bei der Betreuung der Kinder massiv an. Es handelt sich dabei um Einrichtungen aller Träger. Die Covid-19-Pandemie zeigt hier einmal mehr, dass die Personaldecke für Kindertageseinrichtungen grundsätzlich zu dünn kalkuliert scheint, so dass rein rechnerisch zwar der Betreuungsschlüssel erfüllt oder sogar übererfüllt ist, de facto aber das Personal in den Einrichtungen nicht zur Verfügung steht und auch nicht durch Springkräfte ersetzt werden kann. (verständlicherweise vermehrte Krankmeldungen in Zeiten von Covid-19, Langzeiterkrankungen usw.) Hinzu kommt der bekannte Fachkräftemangel und die ab 01.01.2021 in Teilen umzusetzende Kitareform. Gibt es Pläne in der Verwaltung, diese Situation zeitnah für alle Betroffenen zu verbessern?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 5 Berichte

zu 5.1 Wohnraum für junge Erwachsene aus stationären Maßnahmen (mdl. Bericht)

Herr Puhle leitet in das Thema ein und begrüßt Herrn Dr. Rasch von der Grundstücks-Gesellschaft Trave mbH.

Frau Junghans trägt anhand einer Power-Point-Präsentation den aktuellen Sachstand der Ver- selbstständigung bei stationärer Unterbringung vor. Die Präsentation ist der Niederschrift bei- gefügt.

Herr Dr. Rasch stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die aktuelle Situation Wohnraum für junge Erwachsene aus Sicht der Trave Grundstücks-Gesellschaft vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Er hebt besonders auf das Modell „Probewohnen“ hervor und spricht sich dafür aus, dass auch andere Wohnungsbaugesellschaften solche Modelle entwickeln.

Auf Nachfragen von Frau Hildebrand zur Ablehnung von Wohnungen und Verbesserung der Attraktivität von Stadtteilen antwortet Herr Dr. Rasch.

Der Vorsitzende fragt nach der Situation bei anderen Trägern, die im Ausschuss vertreten sind. Herr Regenber von der Vorwerker Diakonie und Frau Prüß von der AWO berichten über die aktuelle Situation.

Auf eine Nachfrage von Herrn Puhle zur Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften antwor- tet Frau Junghans.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass die Trave gemeinsam mit Frau Junghans und den Trägern in den Austausch geht und die unterschiedlichen Modelle besprochen werden sollen.

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 5.2 aktueller Sachstand Verkauf Gebäude Röhre / Koki (mdl. Bericht)
--

Herr Dr. Rasch berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die Historie zum Ver- kauf des Gebäudes. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Der Mietvertrag des Kinder- und Jugendkulturhaus Röhre gehe noch bis 2043, wenn die Stadt die entsprechenden Optionen auf Verlängerung nutze.

Der Vorsitzende regt an, dass in den Kaufvertrag ein Rückkaufsrecht für die Hansestadt Lübeck aufgenommen wird.

Auf eine Nachfrage von Frau Vogeler zu den Entscheidungskriterien antwortet Hr. Dr. Rasch.

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 6 Beschlussvorlagen
--

zu 6.1 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln gem. § 95 d Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) für das Produkt Jugendhilfe Vorlage: VO/2020/09332
--

Frau Junghans berichtet, dass es für 2020 eine entsprechende Planung gegeben hätte, die leider zentral gekürzt wurde. Um diese Kürzung müssten die Mittel nun wieder aufgestockt werden. Es handle sich somit nicht um zusätzliche Mittel.

Herr Kerlin von der FDP meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt den Ausschuss, ob er der Anhörung von Herrn Kerlin widerspreche. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Auf eine Nachfrage von Herrn Kerlin und Frau Hildebrand zu den Corona-Sonder- zahlungen antwortet Herr Jürgensen.

Beschluss:

In den nachfolgend aufgeführten Produktsachkonten werden gem. § 95 d Abs. 1 GO überplanmäßig bereitgestellt:

Produktsachkonto	Textbezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag
363002000.5331001	Jugendhilfe, Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen	2020	1.500.000 €

Deckung:

Produktsachkonto	Textbezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag
361001000.5331001	Finanzielle Förderung in Kitas, Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen	2020	900.000 €
272001000.5431008	Stadtbibliothek, Sonstige Geschäftsaufwendungen	2020	100.000 €
362002000.5318001	Jugendarbeit, Zusch. für lfd. Zwecke. soz.o.ä hn l. Einrichtungen	2020	150.000 €
611001000.4012000	Grundsteuer B, Mehrerträge	2020	350.000 €

Erläuterungen zu den Deckungsbeiträgen:

Die für das Hhj. 2020 im Produkt 361001 Finanzielle Förderung in Kitas, Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen geplanten Haushaltsmittel werden nicht im vollen Umfang benötigt. Im Produkt 272001 können 100 T€ zur Deckung angeboten werden, da sich der für 2020 geplante Umzug der Stadtbibliothek (Bücherarchiv auf dem Priwall) verzögert und nur ein Teilbetrag in 2020 kassenwirksam umgesetzt wird. Für 2021 wurden weitere Haushaltsmittel beantragt.

Im Produkt 362002 Jugendarbeit konnten Corona bedingt verschiedene Maßnahmen nicht umgesetzt werden, was zu geringeren Aufwendungen in Höhe von 150 T€ führt.

In Folge verstärkter Bautätigkeit sind Mehrerträge bei der Grundsteuer B zu verzeichnen, die hier als Deckungsmittel eingesetzt werden können.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 6.2 Jugendhilfeplanung-Kindertagesbetreuung 2020/21 ff
Ergänzung der aktuellen Kita-Bedarfsplanung (VO/2020/08597) i. S. d. Kinder-
tagesförderungsgesetz - KiTaG
Vorlage: VO/2020/09444

Frau Heidig erklärt, dass es sich bei dieser Vorlage lediglich um eine Formsache handele, die im Rahmen der Bedarfsplanung bereits beschlossen sei.

Beschluss:

Die in der Anlage dargestellt Übersichtstabelle wird als Ergänzung zur Kita-Bedarfsplanung von März 2020 (VO/2020/08597) beschlossen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschluss-
vorschlag zu beschließen.

zu 6.3 Jugendhilfeplanung - Kindertagesbetreuung (Bedarfsplan i. S. v. § 7 KiTaG)
Maßnahmenplanung Kindergartenjahr 2022/23 ff.
Vorlage: VO/2020/09446

Frau Eitel verlässt den Raum.

Hierbei handele es sich um zusätzliche Gruppen für das Kita-Werk. Mit dem Beschluss der Gruppen könnte ein entsprechender Bauantrag gestellt oder Fördermittel eingeworben werden.

Beschluss:

Die in der Anlage beschriebene Maßnahme wird in die Kita-Bedarfsplanung i. S. d. KiTaG aufgenommen.

Der gesamtstädtische Mehrbedarf im Haushaltsjahr 2022 für die Umsetzung der Maßnahme beträgt 52.915 Euro, die regelmäßige Bezuschussung mindestens in Höhe von 126.996 Euro jährlich.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	12
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschluss-
vorschlag zu beschließen.

zu 6.4 Satzung der Hansestadt Lübeck über den Ausschluss von Kindertageseinrichtungsträgern von der Förderfähigkeit Vorlage: VO/2020/09440
--

Frau Eitel betritt den Raum wieder.

Herr Jürgensen berichtet von der Nachfrage von Herrn Müller zur Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe. Eine schriftliche Zusammenstellung dieser Anerkennungen folge nach Umsetzung der Kita-Reform.

Herr Jürgensen berichtet weiterhin von dem Einwand der KEV/SEV aufgrund des Verstoßes gegen EU-Recht und gegen Art. 12 GG. Das Rechtsamt sehe keine Verletzung des nationalen Rechts.

Auf Nachfragen von Frau Schulte-Ostermann zu den Qualitätskriterien und die Berücksichtigung gewerblicher Träger antwortet Herr Jürgensen.

Beschluss:

Die Satzung der Hansestadt Lübeck über den Ausschluss von Kindertageseinrichtungsträgern von der Förderfähigkeit wird beschlossen. Die Satzung tritt zum 01.01.2021 in Kraft.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 6.5 Berufung eines stellvertretenden beratenden Ausschussmitgliedes in den Jugendhilfeausschuss auf Vorschlag des Forums für Migrant:innen Vorlage: VO/2020/09447
--

Es gibt keine Wortmeldung.

Beschluss:

Frau Filiz Günsür wird als Nachfolgerin von Frau Cornelia Bauke als stellvertretendes beratendes Mitglied, auf Vorschlag des Forums für Migrant:innen, in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--

Es liegt nichts vor.

zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 8.1 Übernahme des Antrages von AM Puhle (SPD) in den Jugendhilfeausschuss:

AM Petereit (SPD) und AM Prieur (CDU) : Dringlichkeitsantrag: Aktuelle Situation der offenen Kinder- und Jugendarbeit - Aufrechterhaltung der Angebote Vorlage: VO/2020/09466-01

Herr Puhle erinnert daran die Anregungen von Herrn Loboda zu berücksichtigen. Die schriftliche Beantwortung dieses Anliegens erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

Frau Reichel berichtet kurz über die aktuelle Situation in den Jugendzentren. Sie weist auf den am 11.11.2020 veröffentlichten 16. Kinder- und Jugendbericht hin.

Auch vor Corona habe es schon digitale Angebote gegeben, die nun ausgebaut werden müssten. Zwei Kolleg:innen aus den städtischen Jugendzentren, Frau Hunsicker und Herr Denker, berichten aus der Praxis. Gerade bei geschlossenen Einrichtungen oder einem eingeschränkten Betrieb sei es schwierig Kontakt zu den Jugendlichen aufrecht zu erhalten. Bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit handele es sich um niedrigschwellige Arbeit und die Interaktionen im digitalen Raum müssten ermöglicht werden. Die Kinder müssten dort abgeholt werden, wo sie stehen. Nach Erkenntnissen der Erzieher stünden diese in den sozialen Medien.

Frau Reichel erklärt die Diskrepanz zwischen Einhaltung des Datenschutzes und der Nutzung sozialer Medien.

Herr Puhle erklärt, dass es diese Problematik nicht nur in Lübeck gebe.

Herr Loboda erklärt, dass Jugendarbeit nicht ohne Bezug zu sozialen Medien funktioniere und dass es gerade jetzt wichtig sei online erreichbar zu sein.

Frau Hildebrand hofft auf neue Regelungen zum Datenschutz in der Jugendarbeit.

Frau Vogeler und Frau Jürk weisen darauf hin, dass die Schulen Möglichkeiten der Kommunikation mit den Schüler:innen entwickelt hätten. Diese könnte vielleicht auch die Jugendarbeit nutzen.

Frau Blankenburg und Frau Schulte-Ostermann sprechen sich dafür aus, dass alternative Kommunikationsmöglichkeiten entwickelt werden müssten.

Auch Herr Puhle bringt seine Empörung zum Ausdruck. Dennoch gibt es gesetzliche Vorgaben, an die sich die Hansestadt Lübeck halten müsse. Er schlägt vor folgenden Antrag an die Bürgerschaft zu richten:

Antrag:

Die Bürgerschaft möge beschließen, dass die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit kurzfristig (2020) finanzielle Mittel erhalten um einen Teil ihrer Arbeit digital gestalten zu können.

Zusätzlich ist die digitale Ausstattung für den neuen Budgetzeitraum ab 01.01.2022 aufzunehmen.

Herr Puhle und Frau Reichel sprechen sich dafür aus, dass die Gesetzgebung entsprechend geändert werden müsste. Beide weisen auf die vermehrte Nutzung von Außenflächen hin.

Herr Puhle lässt über den zu Protokoll gestellten Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Antrag einstimmig an.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird gebeten dem Jugendhilfeausschuss am 12.11.2020 zu berichten:

1. Wie ist die Situation der offenen Kinder- und Jugendarbeit bezogen auf die Nutzung der digitalen Medien? (Hintergrund EU-Richtlinie bei städtischen Einrichtungen)
 - a. Welche digitalen Angebote halten die Einrichtungen derzeit vor und welche sollen entwickelt werden?
 - b. Greifen digitale Angebote in den verschiedenen Altersgruppen?
2. Wie ist die Situation in den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit insgesamt bzgl. der digitalen Ausstattung,
 - a. was wird grundsätzlich und
 - b. was wird kurzfristig benötigt um bei einer erneuten, möglichen Schließung im Zuge der Covid19-Pandemie zumindest den digitalen Kontakt zu den Besucher:innen der Einrichtungen halten zu können?
(Prüfung: Einsatz von Geldern aus „Coronafonds“ und Bezug neuer Budget-Zeitraum)

Einige Einrichtungen verfügen nicht über geeignete Außengelände. Besteht die Möglichkeit, dass Einrichtungen, die über kein oder nur ein kleines Außengelände verfügen, ihre Tätigkeit teilweise in den öffentlichen Raum verlagern und vorhandene Freiflächen nutzen?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Antrag einstimmig an.

zu 9

Verschiedenes

Frau Hildebrand fragt nach dem aktuellen Stand des Kriminalpräventiven Rates. Frau Reichel berichtet, dass es eine neue Struktur und ein neues Konzept geben soll. Dies sei aber noch in der internen Abstimmung. Sobald alles geklärt sei, werde es eine entsprechende Vorlage in den Gremien geben.

Lübeck, den 26. Mai 2021

Jörn Puhle
Vorsitz

Dana Gladasch 4.513 Jugendarbeit
Protokollführung

**N I E D E R S C H R I F T****21. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2018 - 2023)**

Sitzungstermin:	Donnerstag, 11.03.2021
Sitzungsbeginn:	16:05 Uhr
Sitzungsende:	18:54 Uhr
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck

Anwesende Mitglieder**Vorsitz**

Jörn Puhle - SPD

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Sandra Odendahl - SPD

Kristin Blankenburg - SPD

Dagmar Hildebrand - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzende

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Stefan Krause - CDU

Filip Krubeck - Lübecker Jugendring

Vertretung für: Frau Sandra Pereira da Silva David Die Johanniter

Vera-Simone Kuzla - AG freier Wohlfahrtsverbände

Vertretung für: Herrn Thomas Grams

Renate Paulien-Wittmaack - Lübecker Jugendring

Vertretung für: Herrn Jose Maria Bernet

Claudia Petereit - Die Unabhängigen

Allan Pluschkell - Lübecker Jugendring

Vertretung für: Frau Britta Ingwersen

Renate Prüß - AG freier Wohlfahrtsverbände AWO Schleswig-Holstein

Vertretung für: Herrn Jürgen Wecker

Stefan Schimmöller - AG freier Wohlfahrtsverbände Vorwerker Diakonie

Vertretung für: Frau Pastorin Dörte Eitel, anwesend bis einschließlich TOP 5.1

Simone Stojan - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Jens Zimmermann - CDU

Vertretung für: Herrn Horst Wargenau

Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht

Renate Junghans - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt

Klaus-Peter Jürgensen - Fachbereichsdienste FB 4

Maxim Loboda - Vertretung der Jugend

Lutz Regenbergh - Mitglied der Fachgruppe HZE

Birgit Reichel - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt

Verwaltung	
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Andrea Aewerdieck-Zorom - 1.160 Frauenbüro	Vertretung für: Frau Petra Schmittner
Thorsten Drescher - 4.401.2 Jugendhilfeplanung	
Renate Heidig - 4.041.2 Jugendhilfeplanung	
Daniela Kerschbaumer - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt	
Philipp Köhler - 2.000.2 Stabstelle Integration	
Christiane Möller - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt	
Beatrix Russland - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt	
Uta Steinkamp - 4.511 - Kindertageseinrichtungen	
Aiko Wagner - FBC FB 4	
Protokollführung	
Dana Gladasch - 4.513 - Jugendarbeit	
Gäste	
Bettina Durt - BQL	
Sandra Karrenbrock - Verein Kindertagespflege	
Daniel Kerlin - FDP	
Jahan Mortezaei - Forum für MigrantInnen	
Andreas Müller - DIE LINKE	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Bastian Langbehn - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	keine Teilnahme
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Jose Maria Bernet - Lübecker Jugendring	entschuldigt
Pastorin Dörte Eitel - AG freier Wohlfahrtsverbände	entschuldigt
Thomas Grams - AG freier Wohlfahrtsverbände	entschuldigt
Britta Ingwersen - Lübecker Jugendring	entschuldigt
Sandra Pereira da Silva David - Lübecker Jugendring Die Johanniter	keine Teilnahme
Horst Wargenau - CDU	entschuldigt
Jürgen Wecker - AG freier Wohlfahrtsverbände	entschuldigt
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Mascha Benecke-Benbouabdellah - Stadtalternvertretung	entschuldigt
Filiz Günsür - Forum für MigrantInnen	entschuldigt
Rafael Jancen - Forum für MigrantInnen	entschuldigt
Juleka Schulte - Ostermann - Stadtalternvertretung	entschuldigt
Verwaltung	
Hansjörg Diers - 4.041.1 Jugendberufsagentur	entschuldigt
Petra Schmittner - 1.160 Frauenbüro	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Anliegen der Jugend	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Mitteilungen der Verwaltung	
3.1.1	Aktueller Stand zu "Aufwachsen in Lübeck 2.0"	
3.1.2	Verfahren zur Beantwortung von Anfragen und Anträgen aus dem letzten Jahr	
3.1.3	Duales Studium Soziale Arbeit bei der Hansestadt Lübeck	
3.1.4	Handlungsleitfaden gem. § 47f GO	
3.2	Anfrage des AM Karin Burakowski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tagesgruppe in Buntekuh	VO/2020/09495
3.2.1	Antwort auf die Anfrage des AM Karin Burakowski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tagesgruppe in Buntekuh Nr. VO/2020/09495	VO/2020/09589
3.3	Fragen der KEV/SEV zu Schließungen aufgrund Covid-19 und Personalsituation	VO/2020/09506
3.3.1	ANTWORT zur Anfrage VO/2020/09506: Fragen der KEV/SEV zu Schließungen aufgrund Covid-19 und Personalsituation	VO/2020/09506-01
3.4	Anfrage des AM Andreas Schulze (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Vertretungsregelung in der Kindertagespflege	VO/2021/09622
3.5	Beantwortung der Anfrage aus dem Jugendhilfeausschuss und dem Hauptausschuss AM Petereit (SPD) und AM Prieur (CDU) : Dringlichkeitsantrag (Hauptausschuss): AM Puhle (SPD): Übernahme des Antrages im Jugendhilfeausschuss Aktuelle Situation der offenen Kinder- und Jugendarbeit - Aufrechterhaltung der Angebote	2020/09466-01-01
4	Berichte	
4.1	Jahresbericht 2018 / 2019 der Nachbarschaftsbüros der Hansestadt Lübeck	VO/2020/09445

4.2	Ganzjährige Aufnahme von Kindern in städtischen Kitas VO/2018/06750, VO/2018/06759, VO/2019/07206	VO/2020/09327
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Vertretungskonzept für die Lübecker Kindertagespflege	VO/2021/09635
5.2	Jugendhilfeplanung - Kindertagesbetreuung (Bedarfsplan i. S. v. § 10 KiTaG) Bestandserhebung 2020/21 Maßnahmenplanung 2021/22 ff.	VO/2021/09729
5.3	Fortschreibung des Kommunalen Integrationskonzeptes der Hansestadt Lübeck	VO/2021/09701
5.4	Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gem. § 75 SGB VIII. hier: DRK Betreuungsdienste Lübeck gGmbH	VO/2021/09677
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Fraktion Freie Wähler & GAL: Einrichtung eines Hortes an oder nahe der Grundschule Niederbüssau	VO/2021/09659
6.2	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Fortsetzung des Projekts 'Großeltern im Quartier'	VO/2021/09744
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Dringlichkeitsantrag des AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Ein Messenger für Lübeck - den digitalen Kontakt zu Jugendlichen und Heranwachsenden nicht ver- lieren	VO/2021/09797
7.1.1	AT zu VO/2021/09797 Antrag des AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Ein Messenger für Lübeck - den digitalen Kontakt zu Jugendlichen und Heranwach- senden nicht verlieren	VO/2021/09797-01
7.1.2	AM Michelle Akyurt (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Ein Messenger für Lübeck - den digitalen Kontakt zu Jugendli- chen und Heranwachsenden nicht verlieren	VO/2021/09794
7.2	AM Puhle (SPD) und Hildebrand (CDU): Dringlichkeitsan- trag: Unterstützung offene Kinder- u. Jugendarbeit	VO/2021/09879
8	Verschiedenes	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 21. Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Herr Puhle begründet kurz die Sitzung in Präsenz und nicht als Videokonferenz. Weiterhin kündigt er an, dass die Sitzung im Mai eine gemeinsame mit dem Schul- und Sportausschuss sein wird.

Er begrüßt Frau Senatorin Frank. Frau Frank stellt sich kurz vor.

Es sind zu verpflichtende Ausschussmitglieder anwesend.

Der Vorsitzende verpflichtet das (stellvertretende) bürgerliche Ausschussmitglied Herrn Allan Pluschkell mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Herr Puhle weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

Unter TOP 7.2 wurde ein Dringlichkeitsantrag von SPD und CDU zum Thema Unterstützung der offenen Kinder- und Jugendarbeit auf die TO genommen. Der Vorsitzende begründet die Dringlichkeit und lässt über die Erweiterung der TO um den TOP 7.2 abstimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss stimmt einstimmig der Erweiterung der TO um den TOP 7.2 zu.

Der Vorsitzende teilt weiterhin mit, dass die formale Beantwortung der Anfrage unter Top 3.4 erst in einer der nächsten Sitzungen erfolgt, da die Vorlage noch den Senat passieren muss. Herr Jürgensen ergänzt, dass eine informelle Beantwortung der Fragen aus TOP 3.4 in Form einer Power-Point-Präsentation unter TOP 5.1 erfolgt.

Herr Puhle schlägt vor, dass die TOPs 3.5, 7.1, 7.1.1 und 7.1.2 aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam beraten werden. Weiterhin weist er auf die mit der Einladung verschickte Stellungnahme der KEV / SEV zum TOP 5.2 hin. Aufgrund des Schulbezuges schlägt er vor den TOP 6.1 in die Mai-Sitzung, gemeinsam mit dem Schul- und Sportausschuss, zu vertagen. Der Vorsitzende erklärt, dass aufgrund der geänderten Geschäftsordnung der Bürgerschaft der TOP 7.1 kein Dringlichkeitsantrag ist. Daher wurde der Antrag erneut, ohne das Wort Dringlichkeitsantrag, gestellt und unter TOP 7.1.1 aufgenommen. Im Hauspausschuss gab es den identischen Antrag und dieser wurde an den Jugendhilfeausschuss überwiesen, daher ist dieser unter TOP 7.1.2 aufgenommen.

Herr Müller von den Linken meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Müller widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Herr Müller merkt an, dass in der letzten Sitzung eine formlose Anfrage zur Anzahl der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe gestellt wurde. Weiterhin gebe es auch eine Anfrage im Hauptausschuss dazu. Diese ist der Geschäftsführung nicht bekannt. Die Verwaltung wird dies klären.

Herr Puhle fragt, ob weitere mündliche Anträge zur Tagesordnung gestellt werden und ob es Tagesordnungspunkte unter Ausschluss der Öffentlichkeit gibt. Das ist nicht der Fall.

Die Tagesordnung ist damit unter Bejahung der vorgeschlagenen Änderungen einstimmig festgestellt.

zu 2 Anliegen der Jugend

Es liegt nichts vor.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen
--

zu 3.1 Mitteilungen der Verwaltung
--

zu 3.1.1 Aktueller Stand zu "Aufwachsen in Lübeck 2.0"
--

Herr Puhle berichtet, dass der Abschlussbericht zu „Aufwachsen in Lübeck 2.0“ (AiL 2.0) noch vor dem Sommer vorliegen werde. Die Arbeit gehe aber auch nach der Berichterstellung weiter.

Auf eine Nachfrage von Herrn Müller erklärt Herr Puhle, dass alle Anträge, die ins Verfahren „AiL 2.0“ gegeben wurden, in einer Übersicht mit aktuellem Stand und weiterem Vorgehen zusammengefasst werden.

zu 3.1.2 Verfahren zur Beantwortung von Anfragen und Anträgen aus dem letzten Jahr
--

Herr Wagner erklärt, dass die noch offenen Anfragen und Anträge beantwortet werden. Da einige Anfragen sehr umfangreich seien, könnte es ein wenig länger dauern, bis die Antwort vorliege.

zu 3.1.3 Duales Studium Soziale Arbeit bei der Hansestadt Lübeck
--

Frau Junghans berichtet, dass es ab dem 01.08.2021 das duale Studium Soziale Arbeit auch bei der Hansestadt Lübeck gebe. Dies sei Bestandteil der von der HL entwickelten Richtlinie „Personalpolitische Eckpunkte der Hansestadt Lübeck“. Derzeit befände man sich gerade im

Auswahlverfahren für insgesamt fünf Studierende. Diese könnten sich dann auch im Jugendhilfeausschuss vorstellen. Pro Woche würden drei Praxistage in Lübeck und zwei Theorietage in Lüneburg absolviert werden.

zu 3.1.4 Handlungsleitfaden gem. § 47f GO

Frau Möller weist auf die Beschlüsse von Jugendhilfeausschuss und Bürgerschaft aus September 2020 hin. Ein Fachtag mit dem Titel „Mehr Beteiligung wagen!“ habe bereits stattgefunden. Ein Eckpunktepapier zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen werde gerade erarbeitet. Der Handlungsleitfaden sei Teil dieses Papiers und gerade in der Abstimmung. Auch die Zielvereinbarungen für die neuen Budgetverträge werden gerade überarbeitet.

**zu 3.2 Anfrage des AM Karin Burakowski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tagesgruppe in Buntekuh
Vorlage: VO/2020/09495**

Anfrage:

Der ambulanten Tagesgruppe der AWO Buntekuh wurde Seitens des Jugendamtes der Vertrag zum 01. 01.2021 gekündigt. Zurzeit werden dort 7 Kinder betreut. Drei Kinder stehen auf der Warteliste. Das Projekt fällt Einsparungen zum Opfer. Es werden Gelder für ebenso dringend benötigte Hilfen wie Familienhebammen umgeschichtet.

Dazu bitte ich um die Beantwortung der folgenden Fragen, nach Möglichkeit mündlich in der Sitzung am 12. November 2020, mit schriftlicher Nachreichung ggf. offener Fragen:

1. Wo werden die Kinder künftig betreut, die derzeit in der o.g. Gruppe sind? Gibt es bereits Ersatzplätze in pädagogisch gleichwertigen Einrichtungen? Wenn ja, wo?
2. Wurden die Familien seitens des Jugendamtes auf die Veränderung vorbereitet? Wann wurde ein Einrichtungswechsel in den Hilfeplänen der Kinder aufgenommen und neue Zielvereinbarungen getroffen?

2019 wurde eine zusätzliche Tagesgruppe von den Trägern Kinderwege und Vorwerker Diakonie gegründet. Die Begründung dafür war: „Die Gruppe war nötig geworden nachdem der Bereich Familienhilfe/Jugendamt der Hansestadt Lübeck einen zunehmenden Bedarf festgestellt hatte.“

3. Inwiefern hat sich der Bedarf seitdem verändert?
4. Wurden auch andere Verträge mit Einrichtungen der Familienhilfen gekündigt?
5. Welche Mittel würden benötigt, um die Einrichtung weiter zu unterhalten?

**zu 3.2.1 Antwort auf die Anfrage des AM Karin Burakowski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tagesgruppe in Buntekuh
Nr. VO/2020/09495
Vorlage: VO/2020/09589**

Herr Mortezaei von der AWO meldet sich und würde sich gerne zur Beantwortung der Anfrage äußern. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Mortezaei widerspricht.

Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Herr Mortezaei ist Pädagoge und Bereichsleiter der AWO-Tagesgruppen in Lübeck. Er erklärt, dass die Schließung der Tagesgruppe in Buntekuh aus seiner Sicht nicht richtig sei. Die geringe Auslastung ab 2019 sei kein Verschulden der AWO. Die Belegung der Tagesgruppe hänge auch von der Arbeit des Jugendamtes ab. Er bittet um Erklärung der Entscheidung.

Herr Kerlin von der FDP meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Kerlin widerspricht.

Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Herr Kerlin hat eine Nachfrage nach dem neuen Standort.

Frau Junghans erklärt, dass die Schließung ausführlich begründet worden sei und dass in St. Lorenz eine Tagesgruppe benötigt wurde. Ende 2020 habe die Tagesgruppe lediglich einen Hilfefall gehabt. Die Mittel wurden umgesteuert und die Entscheidung stehe fest.

Antwort:

Antwort auf die Anfrage AM Karin Burakowski vom 03.11.2020 im Jugendhilfeausschuss – Nr. VO/2020/09495

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.3	Fragen der KEV/SEV zu Schließungen aufgrund Covid-19 und Personalsituation Vorlage: VO/2020/09506
---------------	--

Anfrage:

In den letzten Tagen ist es im Bereich der Kindertagesstätten bei allen Trägern zu Schließungen aufgrund von Covid-19-Fällen gekommen.

Die KEV/SEV hat aufgrund dieser Schließungen verschiedene Rückmeldungen und Fragen betroffener Eltern der Einrichtungen erhalten, die wir dem Jugendhilfeausschuss der Hansestadt Lübeck und den betroffenen Verwaltungen (Gesundheitsamt, Bereich städtische Kindertageseinrichtungen, Bereich Jugendamt/Jugendhilfeplanung) zur Beantwortung, Evaluierung und Verbesserung der Handhabung der derzeitigen Situation weiterleiten möchten.

1. Schließung einer von Covid-19 betroffenen Einrichtung

Nach den uns vorliegenden Informationen sind die Kindertagesstätten nach Auftreten eines Falles von Covid-19 in der Einrichtung von den zuständigen Leitungen für einen oder mehrere Tage geschlossen worden und nicht durch Anordnung des Gesundheitsamtes. Wir möchten daher hier noch einmal darauf aufmerksam machen, dass bei einer Schließung der Einrichtung, die nicht durch das Gesundheitsamt erfolgt, die Eltern keinen Anspruch auf

Lohnfortzahlung nach §§ 56 ff IfSG haben für die Zeit, in der sie ihre Kinder zu Hause betreuen müssen. Es ist aus unserer Sicht den Leitungen der Kindertagesstätten auch nicht zuzumuten ohne fachliche Anleitung eine Klassifizierung der Kontaktpersonen in Kategorie 1, 2 oder 3 vorzunehmen und anhand dessen selbstständig eine Entscheidung zu treffen

(<https://www.luebeck.de/de/rathaus/verwaltung/gesundheitsamt/infektionsschutz/coronavirus.html#faq>).

Wir bitten daher ausdrücklich darum, dass eine Entscheidung zur Schließung einer Einrichtung nur nach Rücksprache und auf Anordnung des zuständigen Gesundheitsamtes und des dafür zuständigen Fachpersonal erfolgt. Auch die Schließung einzelner Gruppen sollte nur nach diesem Prinzip erfolgen. Zugleich ist darauf zu achten, dass die Quarantäne- oder Schließungsanordnung des Gesundheitsamtes den gesamten Zeitraum einer Schließung der Kita umfasst, also auch den Tag ab Eintreten des Covid-19-Falles. Uns sind Fälle bekannt, bei denen die Quarantäneanordnung einen deutlich geringeren Zeitraum als die eigentliche Schließung umfasst (Schließung am Mittwoch, einschließlich Donnerstag und Freitag wegen ohnehin geplanter Fortbildung der Erzieher:innen, die natürlich ausfiel, Quarantäneanordnung aber erst ab dem darauf folgenden Montag)

2. Informationsübermittlung an die Eltern im Falle eines aufgetretenen Falles von Covid-19

Es war für die Eltern in den bisherigen Fällen schwierig, die für sie relevanten Informationen durch die Leitung der Kita oder andere Stellen zu erhalten.

In den vergangenen zwei Wochen haben daher vielfach die Elternvertretungen der Kita für den Informationsfluss an die Eltern gesorgt.

Die Leitungen der Kindertagesstätten sind verständlicherweise oft verunsichert wie sie diese neue Situation handhaben sollen, haben, wenn sie selbst in Quarantäne sind, keinen Zugriff auf ihre Dienststrecker und dürfen aus Datenschutzgründen aus einer verhängten Quarantäne auch keine Anfragen per Email beantworten oder Informationen verschicken. Das bei einem Covid-19-Fall an die Eltern verschickte Formscheiben des Gesundheitsamtes wirft oft weitere Fragen auf, die die Eltern auch nicht durch eigene Recherche beantworten können. Auch sind die an die Eltern weitergeleiteten Informationen oft widersprüchlich. So ist zum Beispiel nicht in allen Fällen eindeutig an alle betroffenen Eltern kommuniziert worden, ob sie und ihr Kind einer Quarantäne unterliegen oder zu welcher Kategorie von Kontaktperson sie gehören. Auch sind nicht alle Eltern einer Einrichtung telefonisch vom Gesundheitsamt kontaktiert worden, obwohl dies so zugesagt wurde. Um die Situation der Kommunikation an die Eltern zu verbessern, empfehlen wir den Trägern der Einrichtungen gemeinsam mit dem Gesundheitsamt ein Informationsschreiben für die Eltern zu entwickeln, welches im Bedarfsfall auf die Einzelsituation der betroffenen Einrichtung angepasst werden kann. Darin sollte sowohl das angepasste Verhalten im Falle eines Covid-19-Falles in der Kita erläutert und die zu treffenden Maßnahmen genannt werden. Auch sollte es eine Möglichkeit geben, telefonisch oder schriftlich Rückfragen an einen allein für Kindertageseinrichtungen zuständigen Ansprechpartner zu stellen.

3. Hygienekonzept: zusätzliche Maßnahmen zum Schutz der Kinder und Erzieher:innen

Uns ist bewusst, dass es kein einheitliches Hygiene-Konzept für alle Kindertagesstätten der Hansestadt Lübeck geben kann, da die baulichen und strukturellen Voraussetzungen in den Häusern sehr unterschiedlich sind. Wir vertrauen den, auf der Grundlage des Leitfadens für Kitas des Landes Schleswig-Holsteins erarbeiteten, aufgestellten Hygienekonzepten. Diese hängen nach unseren Informationen jedoch nicht in allen Einrichtungen einsehbar aus oder wurden in den Beiräten kommuniziert. Dies bitten wir ggf. nachzuholen. In Anbetracht steigender Infektionszahlen in der Hansestadt Lübeck und im Land Schleswig-Holsteins bitten wir darum zu prüfen, für welche Einrichtungen und welche Gruppenräume die Anschaffung mobiler Luftreiniger für die Gruppenräume als sinnvoll zu erachten ist. Gerade Einrichtungen, die sich in (sanierten) Altbauten befinden, haben oft verwinkelte Gruppenräume oder ineinander übergehende Räume, in denen es in einem der beiden Räume keine Möglichkeit des Lüftens gibt und der Luftaustausch nicht möglich oder schwierig ist. Diese Einrichtungen sollten zum Schutz der Mitarbeiter:innen und der Kinder mit solchen Geräten zusätzlich ausgestattet werden. Auch bitten wir darum zu prüfen, (so noch nicht geschehen) in welchen Einrichtungen es ggf. notwendig sein kann, auch im Erzieher:innen - Kind-Kontakt mit einer

Mund-Nasen-Bedeckung zu arbeiten, zum Beispiel in Situationen, in denen Erzieher:innen als Springkräfte in verschiedenen Gruppen arbeiten müssen.

4. Fehlendes Personal, Reduzierungen der Betreuung

Laut Rückmeldungen von Eltern aus verschiedenen Kindertageseinrichtungen steigen derzeit die Fälle von Reduzierungen bei der Betreuung der Kinder massiv an. Es handelt sich dabei um Einrichtungen aller Träger. Die Covid-19-Pandemie zeigt hier einmal mehr, dass die Personaldecke für Kindertageseinrichtungen grundsätzlich zu dünn kalkuliert scheint, so dass rein rechnerisch zwar der Betreuungsschlüssel erfüllt oder sogar übererfüllt ist, de facto aber das Personal in den Einrichtungen nicht zur Verfügung steht und auch nicht durch Springkräfte ersetzt werden kann. (verständlicherweise vermehrte Krankmeldungen in Zeiten von Covid-19, Langzeiterkrankungen usw.) Hinzu kommt der bekannte Fachkräftemangel und die ab 01.01.2021 in Teilen umzusetzende Kitareform. Gibt es Pläne in der Verwaltung, diese Situation zeitnah für alle Betroffenen zu verbessern?

zu 3.3.1 ANTWORT zur Anfrage VO/2020/09506: Fragen der KEV/SEV zu Schließungen aufgrund Covid-19 und Personalsituation
Vorlage: VO/2020/09506-01

Es gibt keine Wortmeldung.

Antwort:

Anfrage der KEV/SEV vom 12.11.2020

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.4 Anfrage des AM Andreas Schulze (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Vertretungsregelung in der Kindertagespflege
Vorlage: VO/2021/09622

Der TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt bis die schriftliche Beantwortung der Anfrage vorliegt.

Anfrage:

In 2021 soll in Lübeck eine Vertretungsregelung in der Kindertagespflege eingeführt werden, die im Falle von Ausfällen von Kindertagespflegepersonen (KTPP) sicherstellt, dass eine kindgerechte Betreuung gewährleistet bleibt, also insb. ein Vertrauensverhältnis zwischen den Kindern und den Vertretungen besteht. Es gibt unterschiedliche Modelle für so eine Vertretungsregelung:

- I. Stützpunktsystem für KTPP, die in eigenen Räumen arbeiten
- II. Springersystem für KTPP, die in angemieteten Räumen arbeiten
- III. 4+1 System, bei dem KTPP regulär nur 4 Kinder betreuen und der 5. Platz für Vertretungsfälle vorgehalten wird (wird z.B. in Pinneberg angewandt)

Dazu bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Mit welchen Kosten für die Stadt Lübeck ist bei den 3 Modellen jeweils zu rechnen (auf Basis des selben Betreuungsschlüssels)? Bitte um transparente Gegenüberstellung auf Basis der in Lübeck tätigen KTPP. Bei Modell 3 ist zu beachten, dass die KTPP regulär den vorgehaltenen 5. Platz dauerhaft bezahlt bekommen.
2. Wie viele zusätzliche KTPP sind jeweils notwendig, um die Modelle umzusetzen?
3. Wie viele ungeplante Ausfalltage fielen in 2019 im Durchschnitt pro KTPP an (aufgrund von Krankheit und weiteren unvorhergesehenen Gründen)?
 - 3a) In wie vielen Fällen von ungeplantem Ausfall wurde eine Vertretungsregelung von Eltern nachgefragt?
 - 3b) In wie vielen Fällen von ungeplantem Ausfall fand eine Vertretung statt?
4. In wie vielen Fällen fand in 2019 eine Vertretung als Urlaubsvertretung statt?

Es wird um Beantwortung der Fragen in der Sitzung am 4. Februar gebeten, damit die Erkenntnisse noch rechtzeitig in den Prozess der Etablierung des Lübecker Vertretungssystem einfließen können. Sollten Teile der Antworten bis dahin nicht vorliegen, mögen diese gern nachgereicht werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 3.5 Beantwortung der Anfrage aus dem Jugendhilfeausschuss und dem Hauptausschuss

AM Petereit (SPD) und AM Prieur (CDU) : Dringlichkeitsantrag (Hauptausschuss):
AM Puhle (SPD): Übernahme des Antrages im Jugendhilfeausschuss

Aktuelle Situation der offenen Kinder- und Jugendarbeit - Aufrechterhaltung der Angebote
Vorlage: 2020/09466-01-01

Gemeinsame Behandlung mit den TOPs 7.1, 7.1.1 und 7.1.2

Frau Reichel bedankt sich bei der Politik für das rege Interesse an der Digitalisierung der Jugendarbeit. Es wurde eine AG eingerichtet, die sich unter anderem mit den Problemen wie Datenschutz befasste. Die Travekom hätte bereits einen Auftrag zur Erstellung eines Konzeptes inkl. Bedarfsanalyse für die Digitalisierung der Jugendarbeit erhalten. Derzeit werde eine datenschutzkonforme App erprobt, die von den Kindern und Jugendlichen künftig genutzt werden soll.

Auf eine Nachfrage von Frau Stojan zu einer Übergangslösung bis die App einsatzfähig ist erklärt Frau Reichel, dass dies leider nicht in der Entscheidung der Jugendarbeit liege. Herr Kerlin von der FDP meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Kerlin widerspricht.

Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Auf eine Nachfrage von Herrn Kerlin erklärt Frau Reichel, dass die Kosten durch die Jugendarbeit getragen würden. Aufgrund der coronabedingten Einschränkungen in den Jugendeinrichtungen sei dies aber kein Problem.

Frau Reichel berichtet weiter, dass es bereits eine Liste von Hard- und Software gebe, die die Jugendarbeit für ihre digitale Arbeit benötige. Diese hätte auch Einfluss auf die Neuverhandlungen der Budgetverträge.

Frau Hildebrand und Herr Puhle sprechen sich für einen schnellen Einsatz der App aus. Herr Puhle ergänzt, dass die technische Entwicklung sich auch finanziell in den Budgetverträgen widerspiegeln müsste. Eine finanzielle Anpassung der IT-Ausstattung wäre aufgrund der schnellen technischen Entwicklungen nach der Hälfte des Budgetzeitraums wünschenswert und sinnvoll.

Antwort:

Im Hauptausschuss am 27.10.2020 wurde der Dringlichkeitsantrag mit der Vorlagennummer VO/2020/09466 angenommen. Dieser Antrag wurde von AM Puhle für den Jugendhilfeausschuss am 12.11.2020 mit der Vorlagennummer VO/2020/09466-01 übernommen. Die Beantwortung erfolgt hiermit schriftlich.

Beteiligte Bereiche:	Ergebnis:
Stabsstelle Datenschutz	Zustimmung

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

zu 4	Berichte
-------------	-----------------

zu 4.1	Jahresbericht 2018 / 2019 der Nachbarschaftsbüros der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2020/09445
---------------	---

Frau Reichel erklärt, dass die Kolleginnen der Nachbarschaftsbüros über ihr allgemeine Arbeit und die aktuelle Corona-Situation berichten werden.

Frau Kerschbaumer und Frau Russland vom Bereich Jugendarbeit berichten anhand einer Power-Point-Präsentation über ihren Jahresbericht und die aktuelle Situation in den Nachbarschaftsbüros der Hansestadt Lübeck. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Frau Hildebrand lobt die Arbeit der Nachbarschaftsbüros und hofft, dass sie auch weiterhin auf keiner Haushalts-Einsparliste stehen werden.

Bericht:

Der Jahresbericht 2018 / 2019 der Nachbarschaftsbüros der Hansestadt Lübeck zur vorbeugenden Sozialarbeit im Gemeinwesen wird vom Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 4.2 Ganzjährige Aufnahme von Kindern in städtischen Kitas
VO/2018/06750, VO/2018/06759, VO/2019/07206
Vorlage: VO/2020/09327

Herr Kerlin von der FDP meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Kerlin widerspricht.

Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Die Antwort zur Nachfrage von Herrn Kerlin bei welchen Großstädten zum Verfahren der Platzvergabe recherchiert wurde, wird Frau Steinkamp nachliefern.

Bericht:

Antrag der Fraktionen. FREIE WÄHLER & GAL und FDP: Austausch Antrag zu VO/2018/6750 [FREIE WÄHLER & GAL: Ganzjährige Aufnahme von Kinder in städtischen Kitas ermöglichen VO/2017/06759:

„Die Hansestadt Lübeck entwirft bis vor der Sommerpause 2020 ein Konzept, um in den städtischen Kitas eine ganzjährige Aufnahme von Kindern einzuführen. Bis zu diesem Zeitpunkt soll die Verwaltung eine zeitliche Abfolge für eine mögliche Umsetzung erstellen.

Der zusätzliche Personalbedarf und die damit verbundenen Kosten sollen beziffert werden.

Die Hansestadt Lübeck kann hierfür erfolgreiche Beispiele aus anderen Städten zum Vergleich heranziehen“

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 5 Beschlussvorlagen

Herr Jürgensen leitet kurz in das Thema ein und stellt Frau Durt von der BQL vor.

Frau Durt ist eine der Koordinatorinnen des Bundesprogramms „Pro Kindertagespflege“ und stellt die Modelle „4 plus 1“ und „14 plus 1“ vor. Sie macht deutlich, dass die Kontaktaufnahme in der Frühpädagogik wichtig sei und dass die Entwicklung eines guten Vertretungskonzeptes nicht von heute auf morgen erfolge.

Auf eine Nachfrage von Herrn Müller zu den unterschiedlichen Kooperationspartnern antwortet Frau Durt.

Auf Nachfragen von Frau Stojan erklärt Herr Jürgensen, dass für die Vergangenheit kein genauer Bedarf festgestellt werden könnte. Es gebe keine zentrale Erfassung zur Auswertung des Bedarfs. Die konkreten Veränderungen ergeben sich aus den zusätzlichen Stellen und einer zentralen Anlaufstelle für Beratung und das Sammeln und Analysieren von Daten.

Frau Frank weist darauf hin, dass die Pilotphase erstmal beginnen solle und dass Nachsteuerungsmöglichkeiten vorhanden seien.

Auf Nachfragen von Herrn Kerlin zu den Ausfallzeiten und von Frau Stojan zum Konzept antwortet Herr Jürgensen.

Herr Jürgensen stellt anhand einer Power-Point-Präsentation das Vertretungskonzept Kindertagespflege in Lübeck vor. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Auf Nachfragen von Frau Stojan zum Verteilungsschlüssel, zur Vertragsstruktur und zu Mietverträgen antwortet Herr Jürgensen.

Herr Puhle weist darauf hin, dass diese Fragen gerne direkt mit der Verwaltung geklärt werden könnten. Dennoch schlägt er vor, das Thema Vertretungsregelung der Kindertagespflege als dauerhaften TOP während der Evaluationsphase im Jugendhilfeausschuss aufzunehmen.

Es entsteht eine Diskussion über die Zeit des Beziehungsaufbaus, darüber welches das bessere Modell sei und die Betreuungszeit. Es sprechen Herr Müller, Frau Durt, Herr Jürgensen, Herr Puhle, Herr Kerlin und Frau Frank.

Herr Puhle fragt Frau Karrenbrock vom Verein für Kindertagespflege ob sie Anmerkungen zur Vorlage hätte.

Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Frau Karrenbrock widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Frau Karrenbrock stellt zwei Fragen zu einer Internetseite für die Kindertagespflegevertretungen und den zumutbaren Wegen einer Kindertagespflegeperson zum Stützpunkt. Es antwortet Herr Jürgensen.

Herr Puhle und Frau Frank machen nochmal deutlich, dass hier keine endgültigen Lösungen gefunden werden können. Es handele sich zunächst um eine Pilotphase, in der Probleme frühzeitig erkannt und Lösungen erarbeitet werden sollen. Es erfolgt erneut der Hinweis, dass sich die Tagespflegepersonen an die Verwaltung wenden könnten, beispielsweise bei möglichen Problemen mit Mietverträgen.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Pilotphase des Vertretungskonzepts für die Lübecker Kindertagespflege umzusetzen.

Dem Jugendhilfeausschuss ist während der einjährigen Pilotphase zum Jahresende 2021 sowie zum Ende der Pilotphase über den jeweils aktuellen Stand des Vertretungsmodells zu berichten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

**zu 5.2 Jugendhilfeplanung - Kindertagesbetreuung (Bedarfsplan i. S. v. § 10 KiTaG)
Bestandserhebung 2020/21
Maßnahmenplanung 2021/22 ff.
Vorlage: VO/2021/09729**

Frau Heidig stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die Kita-Bedarfsplanung vor. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Auf Nachfragen von Frau Hildebrand, Frau Stojan, Herrn Kerlin und Herrn Müller antworten Frau Junghans und Frau Heidig.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Die in der Anlage „Kita-Bedarfsplanung Tabelle Maßnahmenplanung“ zur Begründung dargestellten Maßnahmen (ab S. 15) werden in den Bedarfsplan i. S. des KiTaG aufgenommen.
2. Der gesamtstädtische Finanzierungsbedarf im Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 424.749,65 Euro für die Umsetzung der Maßnahmenplanung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

**zu 5.3 Fortschreibung des Kommunalen Integrationskonzeptes der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2021/09701**

Herr Köhler stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die Fortschreibung des Kommunalen Integrationskonzeptes vor. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Ergänzung außerhalb der Niederschrift:

Herr Köhler ergänzt, dass eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stattgefunden hätte.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Fortschreibung des Kommunalen Integrationskonzeptes der Hansestadt Lübeck

Beschlussvorschlag:

1. Die Fortschreibung des Kommunalen Integrationskonzeptes der Hansestadt Lübeck wird als ganzheitliches Handlungskonzept für die zukünftige Integrationsarbeit beschlossen. Seine Leit- und Teilziele sind bei Planungen, Maßnahmen und Projekten zu berücksichtigen.
2. Das kommunale Integrationskonzept der Hansestadt Lübeck ist den sich wandelnden Bedingungen anzupassen, seine Leit- und Teilziele sowie die hinterlegten Priorisierungen sind dementsprechend durch Fortschreibungen zu aktualisieren.
3. Die Umsetzung der vorgeschlagenen und mit einer groben Kostenschätzung hinterlegten Maßnahmen zur Erfüllung der Leit- und Teilziele, erfolgt durch die Verwaltung. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind vorbehaltlich der Machbarkeit - hinsichtlich der rechtlichen Vorgaben und der tatsächlichen Kosten – vor der Umsetzung, von der Verwaltung zu prüfen. Maßnahmen, die einen zusätzlichen Personalbedarf auslösen, sind über ein geordnetes Stellenplanverfahren zu ordnen. Die sich aus den Maßnahmen ergebenden laufenden und einmaligen Kosten dürfen die unter 5. genannte jährliche Gesamtsumme nicht überschreiten. Der Einsatz von Drittmitteln ist vorrangig vor städtischen in Anspruch zu nehmen. Bestehende Drittmittel, die im Verlaufe der Umsetzung einer Maßnahme entfallen, sind zukünftig nicht durch städtische Mittel zu ersetzen.
4. Das Haushaltsverfahren ist für 2021 abgeschlossen. Für die Umsetzung der Maßnahmen, die in 2021 noch nicht im Haushalt geordnet sind besteht ein Finanzierungsvorbehalt. Unterjährig wäre deshalb im Rahmen der Bewirtschaftung, eine Deckung herzustellen.
5. Die jährliche Gesamtsumme für die Umsetzung der Maßnahmen beträgt ab 2022 100.000€. Diese Gesamtsumme kann zugunsten der Umsetzung einzelner Maßnahmen um bis zu 20 % überschritten werden. Die Stabsstelle Integration setzt sich rechtzeitig und zu Beginn des Haushaltsplanungsverfahrens mit den jeweiligen Fachbereichen in Verbindung, in deren Zuständigkeit die Umsetzung der Maßnahmen für das kommende Haushaltsjahr fällt. Die zuständigen Bereiche planen die benötigten Mittel und ordnen diese im Haushalt bei ihrem jeweiligen Produkt.
6. Die Berichterstattung über die Wirkung und Erfolge des Integrationskonzeptes erfolgt alle zwei Jahre über einen indikatorengestützten Integrationsbericht. Die vorgeschlagenen Indikatoren sind hierzu in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachbereichen/Bereichen um Zielwerte zu ergänzen.

	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

**zu 5.4 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gem. § 75 SGB VIII. hier: DRK Betreuungsdienste Lübeck gGmbH
Vorlage: VO/2021/09677**

Es gibt keine Wortmeldung.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss wird gebeten, dem Antrag der DRK-Betreuungsdienste Lübeck gGmbH auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gem. § 75 SGB VIII zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	12
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 Fraktion Freie Wähler & GAL: Einrichtung eines Hortes an oder nahe der Grundschule Niederbüssau
Vorlage: VO/2021/09659**

Vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt in die Mai-Sitzung.

Antrag:

Einrichtung eines Hortes an oder nahe der Grundschule Niederbüssau nach dem KitaG mit 45 Plätzen zum Schuljahr 2021/2022

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Freien Träger für den Betrieb eines Hortes sowie geeignete Räumlichkeiten in fußläufiger Nähe der Grundschule und/oder mit einem dauerhaften Bus-Shuttle des Hortes erreichbare Horträumlichkeiten zu finden.

Übergangsweise wäre auch die Nutzung von in der Nähe der Grundschule liegende geeignete (Kirchen-) Gemeinderäume, Räume vom Sportverein, vorübergehende Nutzung von Containern zu prüfen, bis dauerhaft zur Verfügung stehende und geeignete Räume gefunden und/oder neu errichtet

werden konnten.

Sollte kein Freier Träger gefunden werden, der den Hort betreiben möchte, soll die Stadt Lübeck das Angebot schaffen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 6.2 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Fortsetzung des Projekts ‚Großeltern im Quartier‘ Vorlage: VO/2021/09744
--

Frau Reichel stellt anhand einer Power-Point-Präsentation das Konzept zur Nutzung eines Stadtteil- und Jugendhauses am Hansering vor. Die Präsentation wird der Niederschrift beige-fügt.

Auf eine Nachfrage von Frau Stojan wie der Kontakt zum Projekt hergestellt wird, antwortet Frau Reichel.

Frau Stojan zieht den Antrag im Namen ihrer Fraktion zurück.

Antrag:

Das im Mai 2020 ausgelaufene Projekt ‚Großeltern im Quartier‘ wird mit Mitteln der Hanse-stadt Lübeck fortgesetzt. Dazu wird eine entsprechende Vollzeitstelle, aufgeteilt auf 2 Teil-zeitstellen, eingerichtet bzw. entsprechende Mittel dafür an einen geeigneten sozialen Träger vergeben. Die positiven Erfahrungen des fünfjährigen Projektzeitraums unter Leitung der Ge-meindediakonie sind soweit wie möglich zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Antrag wurde zurückgezogen.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 Dringlichkeitsantrag des AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Ein Messenger für Lübeck - den digitalen Kontakt zu Jugendlichen und Heranwachsenden nicht verlieren
Vorlage: VO/2021/09797

Gemeinsame Beratung mit TOP 3.5

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft zu berichten, welcher Messenger-Dienst rechtssicher für die Kinder- und Jugendarbeit sowie für Schulen und andere Bildungseinrichtungen genutzt werden kann.

Dem Bericht soll eine Abstimmung mit den Schulen, den Träger*innen der offenen Kinder- und Jugendhilfe sowie den betroffenen Landes- und Datenschutzbehörden vorangehen.

Ziel ist, stadteinheitlich einen Messengerdienst zur Benutzung vorzusehen, der einerseits datenschutzrechtlich zulässig durch Behörden eingesetzt werden kann, andererseits so breit Verwendung findet, dass eine Nutzung durch möglichst viele junge Menschen in der Stadt gewährleistet wird.

Der Bericht soll Ausführungen dazu beinhalten, ob ggf. Kosten für eine werbefreie Verwendung in dem vorgenannten Sinn entstehen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Antrag zu beschließen.

zu 7.1.1 AT zu VO/2021/09797 Antrag des AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Ein Messenger für Lübeck - den digitalen Kontakt zu Jugendlichen und Heranwachsenden nicht verlieren
Vorlage: VO/2021/09797-01

Gemeinsame Beratung mit TOP 3.5

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft zu berichten, welcher Messenger-Dienst rechtssicher für die Kinder- und Jugendarbeit sowie für Schulen und andere Bildungseinrichtungen genutzt werden kann.

Dem Bericht soll eine Abstimmung mit den Schulen, den Träger*innen der offenen Kinder- und Jugendhilfe sowie den betroffenen Landes- und Datenschutzbehörden vorangehen.

Ziel ist, stadteinheitlich einen Messengerdienst zur Benutzung vorzusehen, der einerseits datenschutzrechtlich zulässig durch Behörden eingesetzt werden kann, andererseits so breit Verwendung findet, dass eine Nutzung durch möglichst viele junge Menschen in der Stadt gewährleistet wird.

Der Bericht soll Ausführungen dazu beinhalten, ob ggf. Kosten für eine werbefreie Verwendung in dem vorgenannten Sinn entstehen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Antrag zu beschließen.

zu 7.1.2 AM Michelle Akyurt (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Ein Messenger für Lübeck - den digitalen Kontakt zu Jugendlichen und Heranwachsenden nicht verlieren
Vorlage: VO/2021/09794

Gemeinsame Beratung mit TOP 3.5

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft zu berichten, welcher Messenger-Dienst rechtssicher für die Kinder- und Jugendarbeit sowie für Schulen und andere Bildungseinrichtungen genutzt werden kann.

Dem Bericht soll eine Abstimmung mit den Schulen, den Träger*innen der offenen Kinder- und Jugendhilfe sowie den betroffenen Landes- und Datenschutzbehörden vorangehen.

Ziel ist, stadteinheitlich einen Messengerdienst zur Benutzung vorzusehen, der einerseits datenschutzrechtlich zulässig durch Behörden eingesetzt werden kann, andererseits so breit Verwendung findet, dass eine Nutzung durch möglichst viele junge Menschen in der Stadt gewährleistet wird.

Der Bericht soll Ausführungen dazu beinhalten, ob ggf. Kosten für eine werbefreie Verwendung in dem vorgenannten Sinn entstehen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss einstimmig gemäß Antrag zu beschließen.

zu 7.2 AM Puhle (SPD) und Hildebrand (CDU): Dringlichkeitsantrag: Unterstützung offene Kinder- u. Jugendarbeit
Vorlage: VO/2021/09879

Herr Puhle verweist auf das Positionspapier des Netzwerkes Offene Kinder- und Jugendarbeit in Schleswig-Holstein, dass als Anlage dem Antrag beigefügt ist. Dieses Positionspapier soll über die lokalen Gremien verteilt werden, was hiermit in Lübeck erfolgt.

Herr Regenberg schlägt eine Änderung des Antrages wie folgt vor:

Letzter Satz:

Zudem soll darauf hingewirkt werden, dass Mitarbeiter:innen aus Einrichtungen der Jugendarbeit / Jugendhilfe insgesamt, analog zum Personal in KiTas und Schulen, in die Teststrategie aufgenommen werden und entsprechend in die Impfkategorie 2 fallen.

Der Vorsitzende lässt über den geänderten Antrag abstimmen.

Antrag:

Der Jugendhilfeausschuss der Hansestadt Lübeck unterstützt das "Netzwerk der OKJA in Schleswig Holstein". Der Bürgermeister möge sich in den (bestehenden) Gesprächen mit dem Land darum bemühen, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit

- a) als systemrelevant und
- b) als Bildungseinrichtungen anerkannt wird.

Zudem soll darauf hingewirkt werden, dass Mitarbeiter:innen aus Einrichtungen der Jugendarbeit/Jugendhilfe insgesamt, analog zum Personal in KiTas und Schulen, in ~~den Impfplan aufgenommen werden~~ die Teststrategie aufgenommen werden und entsprechend in die Impfkategorie 2 fallen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Antrag in geänderter Fassung an.

zu 8	Verschiedenes
-------------	----------------------

Frau Stojan zieht die Anfrage unter TOP 3.4 zurück.

Herr Jürgensen weist darauf hin, dass er demnächst in Rente gehen wird und benennt Herrn Beesel als seinen Nachfolger. Herr Beesel stellt sich kurz vor.

Lübeck, den 26. Mai 2021

Jörn Puhle
Vorsitzender
Vorsitz

Dana Gladasch 4.513 Jugendarbeit
Protokollführung